

b unabhängige **auernstimme**



Der Aufbruch in ein neues Jahr kann zum Aufbruch in der Landwirtschaft, gemeinsam mit der Gesellschaft werden – aber nur mit den Bäuerinnen und Bauern. Am 21. 1. in Berlin geht's los!



Die Struktur in der Landwirtschaft ist auch eine Preisfrage. Das zeigte der schmerzliche Verlust von Milchviehbetrieben durch die Krise. Strukturen verändern sich aber auch bei den Ökobauern.



Es ist Bewegung auf dem Land, in der Stadt und gerade bei jungen Leuten. Davon kündeten zahlreiche Veranstaltungen zu Ernährungssouveränität, gentechnikfreier Landwirtschaft, Hofübergabe, uvm.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!



21.1. 2017 12 UHR BERLIN POTSDAMER PLATZ DEMO

UNSERE DEMO IST KEIN ORT FÜR NAZIS UND RASSISTINNEN
UND DIE DIFFAMIERUNG VON BÄUERINNEN UND BAUERN!
GEFLÜCHTETE SIND WILLKOMMEN!

Auf nach Berlin!



Die Seite 3

Demonstratives Medienzeitalter. 3



Agrarpolitik

„Es gibt eine wachsende Bewegung“ 4
 Öko ohne Ende 5
 Verantwortungsbewusste Bodenmarktpolitik. 6
 Lehren aus der Milchkrise 7
 Bodenklimatisch und nach Dünger differenziert 19



Bewegung

Agrar-Sozialwahl 8
 Lebenswerk schaffen und loslassen 10
 Bäuerliche Agrarpolitik - gesellschaftlich akzeptiert 16
 Forderungen für eine junge Landwirtschaft 17
 Ernährungssouveränität 18
 Fairer Weihnachtsbraten. 21



Schwerpunkt

Wie geht Zukunftslandwirtschaft? 11
 Was kostet der Wandel in der Nutztierhaltung? 12
 Noch Luft nach oben 13
 Verlorene Akzeptanz wiedergewinnen 14



Zu Besuch bei Elisabeth Waizenegger und Jan Wittenberg, Seite 9;
 Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 20; Veranstaltungen, Seite 22;
 Kontakte/Impressum, Seite 23



Agrarwende braucht die Bewegung!

Zum siebten Mal findet am 21. Januar 2017 die „Wir haben es satt“-Demonstration in Berlin statt. Ein einmaliges Bündnis aus Bauern und Verbrauchern fordert eine bäuerliche Landwirtschaft ein, die vernünftige Tierhaltung in überschaubaren Größenordnungen betreibt; die Rücksicht nimmt auf ihre Kollegen, ob in der eigenen Gemeinde oder aber auch in anderen Teilen der Welt; die sorgsam mit den Ressourcen umgeht und dabei Natur- und Artenschutz betreibt und die als wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum Verantwortung für diesen übernimmt und ihn vital hält, indem sie für Arbeitsplätze sorgt.

Doch leider verschwinden immer mehr Höfe, weil die Betriebsleiter bzw. die potentiellen Hofnachfolger keine Perspektive mehr sehen weiterzumachen. Die Krise auf den Agrarmärkten wurde gerade in Zahlen gefasst, und die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern sind, im Vergleich zum niedrigen Niveau des Vorjahres, noch mal wieder gesunken. Dabei haben wir landwirtschaftliche Produkte exportiert wie die Weltmeister. Aber die Bedingung hierfür ist eben ein niedriger Preis, den wir meist nur durch Ausbeutung von Tier, Mensch und Umwelt halten können. Der vor- und nachgelagerte Bereich mag von der Entwicklung profitieren, und so hoffen ranghohe Vertreter des Raiffeisenverbands, dass wir noch so viele Krisen bekommen, dass möglichst die Hälfte der Milchviehhalter verschwindet. Aber bitte die kleinen Strukturen zuerst. Wofür stand Raiffeisen noch mal?

Und die Politik, sie handelt erst, wenn der Druck so groß wird, dass sie nicht mehr nur Absichtserklärungen abgeben kann. Landwirtschaft und der ländliche Raum scheinen für die meisten Parteien keine große Rolle mehr zu spielen. Bei den Verhandlungen zu TTIP und CETA hat sich deutlich gezeigt, dass die Landwirtschaft der Verlierer dieser Verhandlungen sein wird, aber scheinbar wurde das nur in einer kleinen Region in Belgien für wichtig erachtet. Aber immerhin hat es durch deren Widerstand eine breite Masse mitbekommen.

Wir sind einmal mehr gefordert, am ersten Samstag der Grünen Woche unsere Forderungen auf die Straße zu bringen. Da ist ein nachhaltiges Krisenmanagement für den Milchmarkt umzusetzen. Der Umbau der Tierhaltung ist durch klare Kennzeichnung der Haltungsbedingungen und eine Neuausrichtung der Förderinstrumente anzupacken. Bestandesobergrenzen sind einzuführen und Agrarfabriken wie die des Herrn Straathoff sind zurückzubauen. Die Grundstücksverkehrsgesetze sind so zu ändern, dass Grund und Boden in den Händen von Bäuerinnen und Bauern bleibt, die hiermit ihre Lebensgrundlage sichern. Ein Ausverkauf ganzer Dörfer an Großindustrielle ist per Gesetz zu untersagen. Öffentliche Flächen sind nach sozialen Gesichtspunkten zu verpachten.

Die EU-Fördergelder sind so zu verteilen, dass nicht 80 % der Gelder an nur 20 % der Betriebe gehen. Kleine Betriebe brauchen endlich einen nennenswerten Aufschlag, damit ihre Strukturnachteile ausgeglichen werden. Eine Landwirtschaft, die zur Verbesserung der Artenvielfalt beiträgt, ist ebenfalls mehr zu honorieren. Gentechnik ist durch eine bundeseinheitliche Regelung auf unseren Äckern auszuschließen.

Nur durch die Bewegung für eine Agrarwende haben wir es geschafft, diese Punkte in die politische Diskussion zu bringen. Wir haben sicherlich schon einiges erreicht, aber damit Landwirtschaftspolitik im Wahlkampf 2017 ein gewichtiges Thema wird, sehen wir uns hoffentlich am 21. Januar in Berlin.

Martin Schulz,
 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Demonstratives Medienzeitalter

Alle Jahre wieder mit dem Trecker nach Berlin

Nun fahren wir wieder nach Berlin. Mittlerweile ist dies mein bäuerlicher Jahresauftakt. Diesmal bin ich sogar mit zwei Treckern da. Natürlich habe ich den zweiten nicht per Smart-Farming-ISO-Boost-Power-Connecting-Transmission-Service-Terminal-Point-View-App gesteuert, sondern noch einen echten Landwirtschaftsazubi darauf sitzen. Der ist bei meinen Computerkenntnissen in der Großstadt verkehrssicherer und weniger absturzgefährdet. Mittlerweile ranken sich verschiedenste Privatlegenden um die jährliche Berlinfahrrerei. Beim ersten Mal waren wir über 15 Stunden bei Eiseskälte unterwegs. Der langsamste Schlepper fuhr mit 28 km/h und Bauwagen vorneweg! Wir waren so gut organisiert, dass wir uns dreimal verfahren haben. Als wir schließlich planlos in Potsdam vor dem Schloss standen, kam die Polizei. Die hätten uns sogar bis zu unserem Ziel, dem Quartier in Blankenfelde, eskortiert. Dies wurde allerdings von irgendjemandem abgelehnt, nur dass wir jetzt den Weg wieder nicht fanden. Heute lachen wir darüber, damals habe ich nicht lachen können, dabei hatte ich es auf meinem Fendt Vario noch vergleichsweise bequem. Da wären wir wieder bei der modernen Technik. Heute hat mindestens jeder zweite ein Smartphone, das einen sicher durchs winterlich-großstädtische Gewirr lotsen könnte. Vielleicht sind Easy-Bus-Connecting-Smart-Farming-App-Transmission-Power-

Systems in fünf Jahren so normal auf jedem Schlepper, wie es heute das Smartphone ist. Dann fahren die ganzen Konzerne, gegen die wir demonstrieren, virtuell auf den Schleppern mit, sammeln unsere Daten, werten sie aus und wappnen sich gegen eine wachsende Agraropposition. Der alte IHC, der damals nur mit Verdeck vorneweg tuckerte, wäre endgültig das letzte Mal dabei. Auf dem ließe sich dieser ganze Mist nicht mehr installieren!

Aller Anfang

Gehen wir von der ersten Berlin-Demo noch weiter zurück in der Zeit: zur allerersten Berlin-Tour im Jahre 2001. Damals war es anderen und mir irgendwie gelungen, verschiedene Akteure (hauptsächlich Witzenhäuser Studis) in einem Bus zusammenzubringen, um vor der Grünen Woche eine Spontandemo zu veranstalten. Wir hatten neben Transparenten, Isomatten und Grablichtern auch einen Sarg und sogar den Tod in Form einer schwarzen Sennefrau mit weiß geschminktem Gesicht dabei. Dazu gab es schwarze Kreuze mit Aufschriften wie „Gentech-Zukunftsskandal“, „Quotenbörse“, „wegrationalisiert“, „Verbraucherignoranz“. Wir lagen auf den Matten auf dem eiskalten Betonboden und lauschten eigenen Wortbeiträgen, auch positiven, wie von der damaligen NRW-Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn oder Josef Jacobi, die sich



Arnd Berner und der Demovario
Foto: Schievelbein

spontan an der Aktion beteiligten. Die Holzkreuze waren sogar kurz in den Nachrichten zu sehen und die Bauernstimme berichtete. Es gab keine Internetdiskussionsforen vor und nach dieser Aktion und keine Berichte der münsterisch-hiltrupschen Agrarprowda. Dazu war das alles zu klein und man konnte es ignorieren, wenn man wollte. WhatsApp und solchen Unfug gab es auch noch nicht, so konnte es auch nicht geteilt, geviertelt, geremixt, geteert und gefedert werden.

Massenbewegung

Auf der Rückfahrt im warmen Bus bei Tee und Spekulationen sannen wir darüber nach, wie es wäre, so etwas mal im ganz großen Stil medienpräsent aufzuziehen. Ein knappes Jahr zuvor wurde auf einer AbL-internen Zukunftskonferenz darüber diskutiert, ob wir eine Massenbewegung werden würden und sollten. Die AbL ist keine Massenbewegung geworden, aber wir bewegen die Massen! In Berlin und anderswo. Wir sind Gegenstand der Foren, der Apps, aber auch der fachkundigen Diskussion mit Politikern, Verbänden und Journalisten. Man versucht uns jetzt zu imitieren statt zu ignorieren. Man kommt an uns in der agrarpolitischen Diskussion nicht vorbei. Dabei haben wir mehr zu bieten als elektrotechnische Effekte und gelbe Warnwesten! Das haben wir gut gemacht!

Arnd Berner, AbL- und Bioland-Bauer aus Südniedersachsen

Auf nach Berlin!

Anfang der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts befasste sich die gerade frisch vom Bauernverband und anderen Interessenverbänden gegründete Publicity-Klitische I.M.A (Information. Medien. Agrar e. V.) mit dem offenbar schon damals nicht ganz unkomplizierten Verhältnis von Bauern und Städtern. Die Wochenzeitung Die Zeit veröffentlichte ihre Erkenntnisse: „Erfolgsstreben und Leistungsaufweis sind die bewährten Methoden der Existenzsicherung des Städters. Aus diesem Vorstellungshorizont heraus wird er auf die Dauer nur einen Bauernstand akzeptieren, der ihm darin ähnlich ist. Das Aufweisen von Leistungen des Bauernstandes ist daher der einsichtigste Ansatzpunkt für ein Verständnis ...“ Der Zeitautor schlussfolgerte daraus, man müsse nun also nur die grandiosen Produktionssteigerungszahlen der letzten Jahre dem gemeinen Städter vernünftig kommunizieren, dann würde es automatisch zu einem „besser ausgewogenen inneren Verhältnis zwischen Stadt und Land kommen“, jenem Verhältnis, das geprägt sei von Naturferne und Überlegenheitsgefühlen der Städter bei gleichzeitiger Bewunderung für die Standhaftigkeit der Bauern gegenüber allen Naturgewalten und der schlichten „Not des Daseins“. Es sind Zweifel erlaubt, ob es damals gereicht hätte, der Gesellschaft Produktivitätsparameter zu vermitteln, heute reicht es jedenfalls sicher nicht mehr, um Widerstände zu überwinden. Immer mehr Menschen wollen wissen und Einfluss darauf nehmen, woher ihr Essen kommt, unter welchen Bedingungen Ackerfrüchte erzeugt und Nutztiere gehalten werden. Sie sind nicht (und waren vielleicht nie) dem Bäuerlichen so entrückt, dass sie nicht aus ihren Wertvorstellungen heraus eine Haltung dazu haben. Es geht bei uns in Deutschland, in Europa eben nicht mehr um ein bloßes Sattmachen im Sinne von Abspeisen. Zu einer der ersten „Wir haben es satt!“-Demos in Berlin sagte Antje Kölling, politische Vertreterin von Demeter: „Wir dürfen unsere Ernährungs- und die Agrarkultur nicht allein Konzernen überlassen. Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Leute mit schlechtem Essen abzuspeisen. Wir müssen uns fragen, was die wahren gesellschaftlichen Kosten dieser Ernährung sind. Deshalb ist die Demonstration im Januar so wertvoll, weil Bauern und Verbraucher dort zusammenkommen. Letztlich stimmen die Konsumenten mit ihrem Einkaufskorb ab. Aber die Politik kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen, bessere Rahmenbedingungen zu setzen.“ Auf nach Berlin!

CS

Wir wollen eine Zukunft auf dem Land

Als junge Bäuerinnen und Bauern, Gärtnerinnen und Gärtner, ImkerInnen, SchäferInnen und WinzerInnen sowie viele mehr sehen wir einen großen Wert darin, von und mit der Landwirtschaft im weiteren Sinne zu leben. Wir wollen respektvoll mit Menschen, Tieren, Pflanzen, Boden und natürlichen Ressourcen umgehen und zu einem Lebensstil beitragen, mit dem wir den Klimawandel eindämmen und uns und unsere Kinder noch über viele Generationen mit gesundem Essen versorgen können! Wir wollen, dass viele Menschen Arbeit im ländlichen Raum haben, damit die Dörfer belebt bleiben (oder werden) und Kultur und sozialer Austausch nicht nur in den Städten stattfinden. Wir sehen in gerechtem Zugang zu Land und der Möglichkeit, uns selbstbestimmt mit Nahrung zu versorgen (Ernährungssouveränität), entscheidende Bedingungen für eine demokratische Gesellschaft. Eine Agrarpolitik, die im Namen der Exportwirtschaft einseitig immer größere Strukturen fördert und den Bankrott kleinerer Betriebe als „Strukturwandel“ gutheißt, zerstört nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Kultur im ländlichen Raum. Es heißt noch zu häufig, dass junge Menschen nicht mehr auf dem Land leben, nicht mehr körperlich „im Dreck“ arbeiten wollten. Wir sehen nicht nur die idyllischen Seiten des Landlebens, sondern auch die Herausforderungen, aber wir sehen vor allem, dass sie es wert sind, angegangen zu werden. Auf der „Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demonstration am 21. Januar 2017 in Berlin wollen wir zeigen, dass wir die Felder nicht der Agrarindustrie überlassen, sondern dabei sind, unsere eigenen Vorstellungen vom guten Leben auf dem Land zu verwirklichen. Dafür werden viele junge Menschen, die auf dem Land arbeiten wollen, ganz vorne im Demozug laufen, laut und voller Begeisterung: Komm zum JungbäuerInnenblock!
Melde dich gerne bei Alina: a.reinartz@posteo.de oder 0176/45604619.

„Es gibt eine wachsende Bewegung“

Sharon Treat, US-amerikanische Expertin, zu Freihandelsabkommen und Verbraucherrechten im Interview

Unabhängige Bauernstimme: In Kooperation mit nordamerikanischen und europäischen Partnern, in Deutschland war es die AbL, haben Sie an einer Studie zu den Auswirkungen von Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP auf Bauern und Bauernhöfe gearbeitet. Was sind die wichtigsten Erkenntnisse?

Sharon Treat: Beide Länder, Kanada wie auch die USA, sind dominiert von extrem großen agrarindustriellen Betrieben, besonders im Fleischbereich. Dort sind so genannte Feedlots mit 20.000 Rindern und Tierfabriken mit 5.000 bis 20.000 Schweinen und 100.000 Hühnern üblich und Tierwohlstandards sind meistens nicht vorhanden oder höchstens freiwillig. Wenn nun durch Freihandelsabkommen Zollschränke abgebaut werden und Druck auf die hohen Verbraucher- und Tierhaltungsstandards in Europa ausgeübt wird, kommt es zu einem unfairen Wettbewerb. Die billigen Importe werden auf die Preise drücken, die EU-Bauern für ihre Erzeugnisse erhalten, den europäischen Markt mit billigem nordamerikanischem Fleisch überfluten und kleinere EU-Bauernhöfe zur Aufgabe zwingen.

In Deutschland haben wir eine Bewegung von Bauern und Zivilgesellschaft für eine andere Agrar- und faire Handelspolitik, die im Januar in Berlin gemeinsam demonstriert. Wie ist es bei Ihnen mit solchen Bewegungen?

Es gibt eine wachsende Verbraucherbewegung für regionale, gesunde Lebensmittel und großes Interesse an besserer Kennzeichnung, einer Verringerung des Einsatzes von Pestiziden und Antibiotika,

Unterstützung für Bauernmärkte, einer regionalen Schulspeisung und der Verbesserung der Tierhaltungsstandards. Landesweit unterstützen beispielsweise über 90 % der Menschen in Umfragen eine Kennzeichnung von Gentechnik auf Produkten. Viele Menschen in den USA begannen sich während des Präsidentschaftswahlkampfes mit dem Thema Freihandel und dessen möglichen negativen Effekten auseinander zu setzen. Dabei lag der Fokus der Bewegung auf den Auswirkungen auf Arbeitsplätze, auch aufgrund der Erfahrungen mit dem nordamerikanischen Abkommen NAFTA. Auch Aufmerksamkeit und Kritik erhält ISDS, also die Möglichkeit, als Unternehmen einen Staat juristisch herausfordern zu können. Aber es gibt wenig öffentliche Aufmerksamkeit dafür, wie Handelsabkommen eine bäuerliche Landwirtschaft und den Verbraucherschutz gefährden können. Wir vom Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) und unsere Partner arbeiten daran, das zu ändern!

Und die Bauern und Bäuerinnen, inwieweit engagieren sie sich?

In einigen Regionen der USA, wo die kleineren Betriebe noch in der Mehrzahl sind, wie in Neuengland, gibt es Bauernorganisationen und auch politische Unterstützung für kleinere Höfe. Im Bundesstaat Maine, wo ich lebe, existiert seit mehr als 25 Jahren die Maine Organic Farmers and Gardeners Association (MOFGA). Sie ist beides, ein Verband für Ökobauern und eine bäuerliche Interessensvertretung: für eine GMO-Kennzeichnung, gegen Wachstumshormone, für eine Politik, welche regio-

nalen Anbau und Vermarktung unterstützt. In anderen Bundesstaaten gibt es ähnliche Organisationen einer gemeinsamen Bauern-Verbraucher-Bewegung. Ich denke allerdings, dass es bislang nicht dieses öffentliche Bewusstsein gibt wie in Deutschland. Aber Akteure auf lokaler oder bundesstaatlicher Ebene machen vermehrt Druck auf die nationale Ebene.

Und wie steht es mit grundsätzlichen Themen: Umweltschutz, Klimawandel, Tierhaltungsstandards?

Die Umweltbewegung ist ziemlich stark in den USA und ist das auch schon seit einigen Jahren. Ich selbst habe Anfang der 1980er Jahre als Anwältin für Umweltschutzangelegenheiten angefangen. Es gibt viele lokale, bundesstaatliche und nationale Organisationen, die sich für den Schutz der Umwelt engagieren und den Klimawandel stoppen wollen. Unabhängig von der Wahl Donald Trumps, der sagt, dass er nicht an den Klimawandel glaube, ist die Mehrheit der Amerikaner und Amerikanerinnen davon überzeugt, dass die Erderwärmung eine Tatsache und damit eine große Herausforderung ist. Verbesserungen in der Haltung der Nutztiere passieren ebenfalls aufgrund öffentlichen Drucks, eher auf bundesstaatlicher oder lokaler Ebene.

Apropos: im Bundestaat Massachusetts gibt es tatsächlich neue gesetzliche Vorgaben zur Nutztierhaltung, wie kam das zustande?

Im November gab es in Massachusetts parallel zur Präsidentschaftswahl ein direktes Referendum zu Tierhaltungsfragen. Und die Wähler trafen die Entscheidung, dass in Massachusetts keine Sauen und Kälber mehr in Kästen gehalten und keine Legehennen mehr in Batteriekäfigen gehalten und – und das ist vielleicht sogar die entscheidendere Nachricht – so erzeugte Produkte in Massachusetts nicht mehr verkauft werden dürfen. Initiiert wurde das Referendum von einem Bündnis aus Verbraucher- und Tierschutzgruppen, auch mit Unterstützung durch Bauern und Bäuerinnen. In Massachusetts gibt es kaum agrarindustrielle Betriebe, die an ihrer Tierhaltung etwas ändern müssen, wenn das entsprechende Gesetz 2022 in Kraft tritt. Wie dem auch sei, die Sorge ist nun, dass CETA und TTIP die Durchsetzung so eines Gesetzes verhindern, weil es eben keine nationale Regelung ist.

Vielen Dank für das Gespräch! cs



Sharon Treat, Handels- und Agrarexpertin des Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP)
Foto: Stop TTIP Italia

Zitate:

Gesammelt im Rahmen der Veröffentlichung der Studie „Ausverkauf der Landwirtschaft“ am 1. Dezember in Berlin

- Die Produktion von Fleisch ist stark industriell geprägt und nur wenige Richtlinien und Gesetze schützen Verbraucher, die Umwelt und eine artgerechte Tierhaltung. Mit Handelsabkommen wie TTIP wird dieses Agrarkonzept nach Europa exportiert. *Shafali Sharma, Leiterin von IATP Europe*

- Durch TTIP will die US-Agrarindustrie den europäischen Fleischmarkt weiter erobern. Studien zeigen, wie sehr unsere Märkte geflutet würden. Gleichzeitig ist schwer nachzuweisen, ob unsere Standards unterlaufen werden, etwa beim Tierschutz. *Martin Schulz, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*

- Ich sehe keine Gefahr, dass irgendwann unsere Standards aufgehoben werden. *Karin Thissen, Bundestagsabgeordnete der SPD*

- Dass wir keine Gentechnik haben, liegt daran, dass 88 Prozent der Bevölkerung keine Gentechnik wollen. Ich glaube, 88 Prozent wissen gar nicht, was Gentechnik ist. *Kees de Vries von der CDU, Bundestag*

- Am 21. Januar gehen wieder zehntausende Menschen unter dem Motto „Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen“ auf die Straße. Auf der größten bundesweiten Landwirtschaftsdemonstration fordern Bäuerinnen und Bauern zusammen mit der Zivilgesellschaft eine zukunftsfähige Agrar- und Handelspolitik. *Jochen Fritz, Leiter der Kampagne „Meine Landwirtschaft“*

Link zur neuen TTIP-Studie: „Ausverkauf der Landwirtschaft“: abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/materialien. Herausgeber: International Agriculture and Trade Policy (IATP), Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), PowerShift, Compassion in World Farming.



Auch das ist US-Landwirtschaft: Family Farm in Massachusetts

Foto: Petit, NRCS

Öko ohne Ende

Noch immer ist keine Einigung bei Kommission, Rat und Parlament möglich

Es gehe um die Glaubwürdigkeit des Ökolandbaus, hatte EU-Agrarkommissar Phil Hogan schon vor Jahren gesagt und damit klar gemacht, welche Zielsetzung das Projekt einer neuen EU-Öko-Verordnung für ihn hat. Inzwischen gehört diese mit fast drei Jahren zu den am längsten verhandelten Gesetzesgrundlagen der europäischen Gemeinschaft, ein für diesen Dezember angepeilter Schlusspunkt in Form einer Einigung zwischen den drei maßgeblichen Gestaltungskräften EU-Kommission, Parlament und Ministerrat konnte ein weiteres Mal nicht gesetzt werden. Schon seit die Kommission im März 2014 ihren ersten Entwurf einer neuen EU-Öko-Verordnung veröffentlichte, gab es Kritik. Besonders scharf wurde sie immer von den deutschen Bioverbänden formuliert, die sich bis heute für eine totale Ablehnung und die Weiterentwicklung der vorhandenen Verordnung stark machen. Dabei hatte die Kommission selten Zweifel daran gelassen, dass sie eine neue Verordnung will. Auch jetzt nach dem Scheitern der Trilog-Verhandlungen unter der slowakischen Ratspräsidentschaft machte sie deutlich, dass sie nicht zurückziehen werde, sondern nach einer kurzen Verhandlungspause unter der nächsten Präsidentschaft Malts weitermachen und abschließen wolle. Auch wenn in internen Kreisen von einer gewissen Verhandlungsmüdigkeit gesprochen wird und inzwischen der Berichterstatter des EU-Parlamentes, der Grüne Martin Häusling, seinen Unmut über den wenig konstruktiven Umgang der Bioverbände offen artikuliert und in der tageszeitung von „überzogener Kampfrhetorik“ spricht.

Importe wohin

Dabei gibt es durchaus Fortschritte, die im Verhandlungsprozess gemacht wurden und die Fortschritte im Sinne des Ökolandbaus sind. Die eigenständige Ökokontrolle, wie sie gerade Deutschland sehr gewünscht hatte, bliebe erhalten. Eine einheitliche Regelung für über hundert derzeit vorhandene Standards in Sachen Importe ist in greifbarer Nähe und wäre in der Tat eine Verbesserung, sowohl für die Glaubwürdigkeit des Ökolandbaus bei Verbraucherinnen und Verbrauchern als natürlich auch für die Betrugsprävention. Wenn es in den letzten Jahren Falschdeklarationen und Betrugsfälle im Ökolandbau gab, dann meist im Zusammenhang mit Importen. Es wäre aber auch eine Verbesserung für die Ökobauern und -bäuerinnen, die einem zunehmenden Preiskampf durch billigere Importware ausgesetzt sind und in diesem nun zumindest nicht mehr Nachteile durch andere Standards fürchten müssen. Profitiert von der derzei-

tigen, unübersichtlichen Situation die Standards betreffend haben bislang Handelsunternehmen und Verbände, die ihren Überblick zu ihren Gunsten nutzen konnten. Gleichzeitig waren und sind von ihrer Gunst auch immer schon Ökoerzeuger des Südens abhängig. Wer jetzt um deren Marktzugang bangt, verkennt die wirtschaftliche Realität.

Rückstände reloaded

Aber es gibt durchaus noch Baustellen, die wichtigste ist sicherlich die Frage der Pestizidrückstände, die, das hatte die Kommission mehrmals deutlich gemacht, eine rote Linie für sie darstellt. Parlament und Rat hatten sich dagegen ausgesprochen, dass Bioprodukte, in denen Pestizide oberhalb der Babyfood-Grenzen gefunden werden, konventionell vermarktet werden müssen. Kompromissvorschläge waren bislang vage geblieben. Europa ist hier gespalten. Während eine Reihe von Mitgliedsländern unter dem Druck ihrer Verbandsvertreter, allen voran die Deutschen, strikt gegen jegliche Rückstandsregelungen sind, gibt es Italien, Belgien und Tschechien, wo solche Regelungen seit Jahren üblich sind, und die sich nicht minder vehement dafür einsetzen, diese beizubehalten und EU-weit umzusetzen. Ebenso wenig wie Pestizidgrenzwerte also offensichtlich der Tod des Ökolandbaus sind, wie hierzulande gerne behauptet wird, müssten die Bauern auf ihrem Schaden sitzen bleiben, da die Kommission Offenheit für Kompensationsregelungen geäußert hat. Auch diesen gegenüber verhielten sich allerdings die deutschen ministerialen Verhandlungsführer ablehnend. Man rede von rund einem Prozent verunreinigter Ökoprodukte auf Erzeugerseite, führt Häusling im taz-Interview aus. Jahrelanges Monitoring von staatlicher und Händlerseite zeigt, dass die meisten Verun-

reinigungen jenseits der Biohöfe passieren, nämlich im Bereich Verarbeitung, Transport oder Lagerung, manchmal aus Unachtsamkeit, manchmal als geplanter Betrug, dem die Kommission mit ihrer Grenzwert-Idee zu Leibe rücken will.

Darum, einen attraktiven Markt zu schützen, muss es auch in der nach wie vor offenen Frage der Ausnahmen für konventionelles Saatgut oder Tiere gehen. Eine ökologische Züchtung kommt nur in Gang, wenn die Ausnahmeerlaubnis, billigere konventionelle Alternativen zu nutzen, zeitlich begrenzt wird. Der Übergang muss endlich auch als Übergang gestaltet werden – nicht wie bisher als Dauerlösung. Dafür ist ebenfalls wichtig, dass die Forderung des Parlamentes nach einer eigenständigen Regelung der Sortenzulassung und Handelbarkeit von Ökosorten Eingang in die neue EU-Öko-Verordnung findet. Auch will das Parlament – entgegen der Haltung der deutschen Ministerial- und Verbandsvertreter – betriebliche Bestandsobergrenzen für Biohöfe einführen. Und ein letzter noch strittiger Punkt betrifft schließlich die Frage, wie viel weiter die Industrialisierung des Öko-Unterglasbaus noch vorangetrieben werden soll. Das Parlament will zumindest einen Rest von Ökoprinzipien wie Fruchtfolgen und Bodenbindung retten, einzelne Mitgliedsländer – allen voran z. B. Spanien als Haupt-Bio-Unterglas-Exporteur – wünschen sich Lockerungen und die Kommission ist hier, offenbar aufgrund ihres handelspolitischen Wunsches sich den US-amerikanischen Standards anzugleichen, nicht so ökoprinzipientreu wie in anderen Fragen. Es bedarf also noch einiger weiterer Anstrengungen, um am Ende eine vernünftige EU-Ökoverordnung zu bekommen. Sich diesen zu verweigern ist keine wirkliche Option. cs



Öko-Unter-Glas-Anbau in der EU-Öko-Verordnung noch unscharf

Foto: EU

Bessere Zeiten für US-Hühner

Compass Group USA und Aramark, zwei der größten Zwischenhändler im Lebensmittelsektor, die Cafeterien und Kantinen in den USA beliefern, werden bis 2024 den Vertrieb auf tiergerecht erzeugtes Hühnerfleisch umstellen. Beide Firmen erklärten, die Hühnermäster müßten sich an das von der Industrie entwickelte Global Animal Partnership's 5-step Programm halten. Danach müssen die Masthühner mehr Platz als bisher üblich zur Verfügung haben, dazu Sitzstangen und Heu; auch müssen die Stallungen Tageslicht haben. Die Ankündigung der beiden Unternehmen kam, nachdem eine bekannte US Menschen- und Tierrechtsorganisation, die Humane Society, angekündigt hatte, man werde sich jetzt verstärkt um die tiergerechte Haltung in Mastbetrieben kümmern. Im Kampf gegen die Käfighaltung bei Legehennen hatte ein Bündnis von Tierrechtsorganisationen u.a. McDonalds dazu bewegen können, ab spätestens 2025 keine Eier aus Käfighaltung mehr zu verwenden. Die Entscheidung bei McDonalds gab das Signal für den Rest der Fast Food Branche, ebenfalls auf Käfigeier zu verzichten. ml

Handelsagenda für Europa

Am 5. Dezember hat der Ministerpräsident der Wallonie, Paul Magnette, der Presse die Erklärung von Namur vorgestellt, in der es um die Frage geht, wie Handelsabkommen der EU in Zukunft aussehen müssen. Die Erklärung verweist zunächst einmal darauf, dass die derzeitigen Handelsabkommen von der Öffentlichkeit zunehmend in Frage gestellt werden. Deshalb sollen, so die Erklärung, vor der Vergabe von Verhandlungsmandaten öffentliche Analysen und Auseinandersetzungen über die Auswirkungen von Handelsabkommen geführt werden. Auch die Parlamente von Europa bis in die Regionen sollen über Verhandlungsmandate mitbestimmen können und über den Stand der Verhandlungen immer wieder unterrichtet werden. Internationale Abkommen etwa zu Klima und Arbeitsstandards müssen in ihren Inhalten in den Abkommen wirksam berücksichtigt werden und Streitschlichtungsmechanismen sollen das öffentliche Interesse voranstellen. Aus bäuerlicher Sicht ließe sich dieser Erklärung sicher noch einiges hinzufügen. Dennoch zeigt diese Erklärung den richtigen Weg auf. Und nicht zu vergessen: Als Belgien für ein kurze Zeit seine Zustimmung zu CETA verweigerte, zogen Politiker aller Parteien und die Leitmedien ebenfalls für kurze Zeit massiv über Belgien her und zeigten sich besorgt über die Zukunft Europa. Wenn sie das ernst meinen, dann bietet die Erklärung von Namur einen ersten Anstoß für eine zukunftsfähige Handelspolitik und für ein zukunftsfähiges Europa. *bet*

Verantwortungsbewusste Bodenmarktpolitik

Fragen an Jobst Jungehülsing, Referatsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium

Unabhängige Bauernstimme: Der Bodenmarkt läuft für die Bäuerinnen und Bauern zunehmend aus dem Ruder, weil die Preise für Kauf und Pacht auf Niveaus steigen, die nicht mehr zu erwirtschaften sind. Der Einfluss von außerlandwirtschaftlichem Kapital, Anlageverhalten, Spekulation und Investoren nimmt, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, zu. Welche politischen Handlungsfelder bestehen auf welchen Ebenen?

Jobst Jungehülsing: In der Tat behindert die Entwicklung auf dem Bodenmarkt zunehmend aktive Landwirte bei der Sicherung ihrer Pachtflächen oder bei Erweiterungen. Aus dem Grund hatte die Agrarministerkonferenz eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die 2015 Vorschläge zur Verbesserung der Situation vorgelegt hat. Die wesentlichen Handlungsfelder für die Länder nach dem Bericht sind: Verbesserung der Transparenz auf dem Bodenmarkt; besserer Vollzug des Bodenrechts im Hinblick auf den Vorrang von Landwirten und die Dämpfung spekulativer Tendenzen; Schließung von Regulierungslücken. Hinzu kommen flankierende Maßnahmen, zum Teil auch auf Bundesebene, bei der Grunderwerbsteuer, der Privatisierung von BVVG-Flächen und der Reduzierung der Flächenverluste.

Die Bundesregierung hat in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion festgestellt, dass häufig zu große Flächenlosgrößen oder Gesellschaftsanteile auf dem Markt sind, um von Landwirten übernommen werden zu können. Welche Möglichkeiten gibt es, auch in Bezug auf den konkreten aktuellen Fall der KTG-Insolvenz, bei den stattfindenden Eigentumsübertragungen von Land – direkt oder über Anteilsübernahmen – für Entflechtung zu sorgen, sodass Landwirte realistischen Zugang bekommen?

Bei der Insolvenz der KTG Agrar haben wir gelernt, dass die Flächen nicht zum besseren Landwirt, sondern zum nächsten Investor gelangt sind, zum Beispiel zu einer Versicherung in München und einer Stiftung in Liechtenstein. Das kann nur verhindert werden, wenn die Empfehlung der oben erwähnten Arbeitsgruppe umgesetzt wird, Anteilskäufe in die Genehmigung nach dem Grundstücksverkehrsgesetz und dem Landpachtverkehrsgesetz einzubeziehen. Würde der Verkauf an Nichtlandwirte dann versagt, verfügten die Landgesellschaften über ein Instrumentarium, um die Flächen regional verankerten Betriebe anzubieten.

In Brandenburg wurde gerade rückwirkend das Landwirteprivileg durchgesetzt

für einen Landverkauf von KTG-Flächen an eine Tochtergesellschaft mit direkt anschließendem Verkauf der Gesellschaft – aber die Landpreise der internen Verkäufe kombiniert mit dem Investorkapital eines Versicherungsunternehmens sind sehr hoch. Welche Möglichkeiten sind denkbar, statt der derzeit einzigen Möglichkeit für Landwirte, zu bestehenden Vertragsbedingungen einzusteigen?

In Brandenburg wurden in einer komplizierten Transaktion von der KTG Agrar 2.263 ha Agrarflächen am Grundstücksverkehrsgesetz vorbei an eine Versicherung veräußert. Die zuständigen Behörden prüfen, ob es sich dabei um eine bewusste Täuschung der Behörden gehandelt hat. Je nachdem, wie dieses Verfahren endet, sollten Konsequenzen für die Novellierung des Bodenrechts gezogen werden: Es ist nicht akzeptabel, dass Landwirte beim Kauf von Einzelflächen vom Grundstücksverkehrsgesetz erfasst werden, Investoren, die über 2.000 ha am Stück erwerben, aber nicht.

Was müsste im allgemeinen Grundstücksverkehr passieren, um den Rechtsgedanken aufrechtzuerhalten, dass Landwirte vorrangig Zugang zu Land brauchen?

Viele Verbände haben dazu Vorschläge gemacht, davon hat die Arbeitsgruppe 26 zur Umsetzung vorgeschlagen. Nun sind die Länder am Zug, die Regulierungslücken zu schließen.

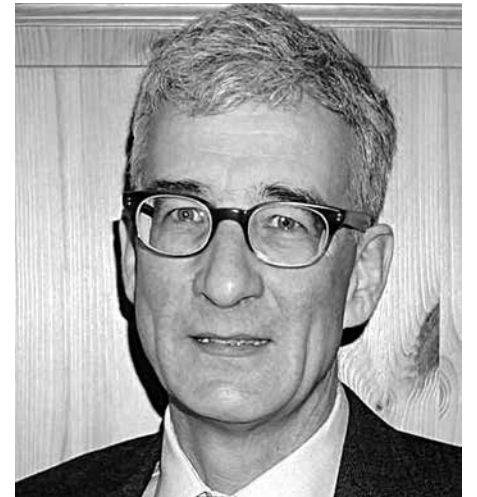
Gäbe es alternativ vorstellbare Möglichkeiten neben einer Preisbremse, ähnlich der Mietpreisbremse, dafür zu sorgen, dass Landpreise nicht die Kaufkraft der Landwirte übersteigen?

Die Preisbremse liegt nach der bisherigen Rechtsprechung bei 50 % über dem regionalen Vergleichspreis. Allerdings kann der Gesetzgeber diese Schwelle im Gesetz auch niedriger ansetzen. Baden-Württemberg hat das für einige Regionen mit besonderem Spekulationsdruck getan und gute Erfahrungen damit gemacht.

Gäbe es Möglichkeiten im Grundstücksverkehr, z. B. Losgrößen zu zerteilen oder auf ein Maximum zu begrenzen?

Das scheint mir an den Problemen vorbeizugehen. Der erwähnte Kauf von 2.263 ha durch einen Investor war als Anteilskauf nicht ins Bodenrecht einbezogen, da hätte auch eine Obergrenze nichts genützt.

Die Marktwertbestimmung der bundeseigenen, von der BVVG zu privatisierenden Flächen erfolgt hauptsächlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten – ein-



Jobst Jungehülsing

Foto: privat

schließlich Spekulation auf steigende Bodenwerte. Das steht nach momentanen Entwicklungen auf dem Bodenmarkt den bodenmarktpolitischen Zielen entgegen, wie sie in der Bund-Länder-AG formuliert und anerkannt wurden. Welche andere Marktwertbewertung wäre denkbar – z. B. entsprechend dem landwirtschaftlichen Nutzwert – und wie könnte das EU-konform umgesetzt werden?

Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur BVVG wurden von den zuständigen Ministerien, also dem BMF und dem BMEL, im Juli 2015 umgesetzt: Dies sind die Einbeziehung von Junglandwirten in die beschränkten Ausschreibungen, die Absenkung der Obergrenze der Losgrößen von 25 auf 15 ha und die Verlängerung des Privatisierungszeitraums von 2025 auf das Jahr 2030. Dies soll ein Beitrag zur Entspannung auf dem Bodenmarkt sein. Spekultativen Tendenzen können aber auch andere Verantwortliche entgegenwirken: Es sind auch Landwirte, die manchmal betriebswirtschaftlich nicht tragbare Preise bieten. Und die Kontrolle von Pacht- und Kaufverträgen einschließlich der BVVG-Verkäufe nach dem Bodenrecht liegt bei den Ländern.

Welche Möglichkeiten gäbe es bei der Ausgestaltung der Grundsätze zur Flächenveräußerung für die BVVG, um mehr Transparenz datenschutzkonform umzusetzen, z. B. die Veröffentlichung der höchsten drei Preisgebote? Oder auch inhaltliche, agrarpolitische Vergabekriterien?

Die mit den ostdeutschen Ländern 2010 beschlossenen Privatisierungsgrundsätze für die BVVG enthalten eine ganze Reihe von Vorgaben zur Transparenz und zur Agrarstruktur, beispielsweise die beschränkten Ausschreibungen für arbeitsintensive Betriebe, für Ökobetriebe oder für Junglandwirte.

Vielen Dank für das Gespräch!

cw

Lehren aus der Milchkrise

Es muss verantwortungsbewusste Strategien zur Vermeidung zukünftiger Krisen geben

Jetzt, wo sich die Lage auf dem Milchmarkt langsam etwas entspannt, wo die meisten Molkereien nach zwei Jahren wieder Auszahlungspreise knapp über 30 Cent erreichen, jetzt geben auch der Bauernverband und die Politik zu: Ja, es gab tatsächlich eine Milchkrise! Diese war ja lange bestritten oder zumindest klein geredet worden. Nun spricht sogar der Bauernverband von einem „beginnenden Strukturbruch“ (zu Recht, er beginnt gerade erst!), und erste Zahlen aus den neuen Bundesländern belegen: Selbst unter den „zukunfts-fähig“ aufgestellten Großbetrieben dort haben pro Bundesland mehr als 10 % die Milcherzeugung im letzten Jahr eingestellt. Den Vogel schießt wohl Sachsen-Anhalt mit 18 % „Strukturwandel“ ab. In den alten Bundesländern liegen die Zahlen deutlich niedriger, um die 5 %, was einerseits für das höhere Durchhaltevermögen von Familienbetrieben spricht, andererseits aber auch auf der Bereitschaft dieser Betriebe zur Selbstausscheidung und zum Substanzabbau basiert. Viele enttäuschte und resignierte Betriebsleiter werden in den nächsten Monaten und Jahren noch das Handtuch werfen.

Interessen der Bauern

Alle Beteiligten betonen: So eine Krise darf sich nie wiederholen. Aber wie soll das vermieden werden? Der Glaube an die Selbstregulierung des freien Marktes und an die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes hat zumindest bei den allermeisten Bauern einen heftigen Dämpfer bekommen. Wo Bauernverbandsvertreter den Mut haben, ihre Mitglieder zu befragen, wie z. B. in den Landvolkverbänden Wesermarsch und Friesland, sprechen sich deutliche Mehrheiten für eine Mengenregulierung aus. Selbst die marktliberalen Verantwortlichen auf EU- und Bundesebene, Kommissar Hogan und Agrarminister Schmidt, mussten widerwillig staatliche Ein-

griffe auf den Weg bringen und übernehmen dazu ein wichtiges Element des EMB-Krisenkonzepts, nämlich die freiwillige Mengenreduzierung gegen Entschädigung. Zu groß war wohl der Schock über die Kollateralschäden eines ungebremsten Strukturwandels, der gesamte Milchsektor drohte vor die Wand zu fahren. Aber selbst wenn man der Politik einen Denkprozess und neue Erkenntnisse zugesteht, muss man den Willen zur Kurskorrektur doch bezweifeln, wenn man die Zusammensetzung der vom Ministerium einberufenen Branchengesprächskreise sieht: Wieder wird nur der Bauernverband als vorgebliche Interessenvertretung der Bauern eingeladen! Als solche ist er aber disqualifiziert, zu eng ist die Verbandlung mit Milchindustrie, Raiffeisen- und Genossenschaftsverband. Diesen ist das Schicksal der Bäuerinnen und Bauern völlig gleichgültig, wie uns ihr Verhalten in der Milchkrise schmerzhaft vor Augen geführt hat. Um Marktanteile zu halten und den Export anzuheizen, haben die großen Genossenschaftsmolkereien die Mindererlöse eins zu eins an die Lieferanten weitergegeben und kalt lächelnd den Ruin tausender Höfe in Kauf genommen. Ironie des Schicksals: Das DMK hat diese Bauernvernichtung sogar so weit getrieben, dass ihm jetzt anscheinend durch massenhafte Betriebsaufgaben die Rohstoffbasis wegzubrechen droht.

Mengensteuerung: Ein Muss

Wenn also von der Bundespolitik nicht allzu viel und von den Molkereien gar nichts zu erwarten ist, sind wieder einmal die Bauern selbst gefordert. Wie schon bisher wird es nur Veränderungen zu ihren Gunsten geben, wenn sie sich massiv für ihre Interessen einsetzen, denn niemand außer ihnen selbst hat ein existenzielles Interesse an auskömmlichen Milchpreisen. Was aber können die Bauern tun? Weiter politische Rahmensetzungen ein-

fordern, für die Umsetzung des Marktkrisenkonzepts streiten, wie es der BDM tut? Die Vertragsgestaltung zwischen Milcherzeugern und Molkereien in den Fokus nehmen, auf verbindliche Verträge über Menge, Qualität, Lieferdauer und natürlich den Preis der Milch drängen, wie es die MEG Milch Board tut? Dazu muss der Einzelne nicht viel mehr tun als der Milch Board beizutreten. Weiter Druck auf die Molkereien ausüben, wie es etliche Aktivisten fordern? Gerade in der jetzigen Phase der Preiserholung wird in einigen Gruppen durchaus ein kurzer Lieferstopp diskutiert, ein Milch-Warnstreik sozusagen, um noch einmal deutlich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Mehrerlöse voll und ganz an die Milcherzeuger weiterzuleiten. Oder die in der letzten Bauernstimme von Graefe zu Baringdorf vorgeschlagene Möglichkeit der Abstimmung über mengenreduzierende Maßnahmen innerhalb der einzelnen Molkereien vorantreiben? Überhaupt die Selbstverwaltungsorgane der Genossenschaftsmolkereien wieder aktiv im Sinne der Milcherzeuger nutzen? Oder schließlich durch betriebsindividuelle Maßnahmen wie Kraftfutterreduzierung, mehr Weidegang, weniger intensive Zucht auf Hochleistung die Menge reduzieren, jeder für sich, aber möglichst viele in solidarischem Zusammenstehen? Letztlich können alle diese Wege zum Ziel führen, nämlich zu einer Vermeidung künftiger Krisen und einer Stabilisierung der Einkommen der Milcherzeuger. Die Bäuerinnen und Bauern haben die Macht dazu, denn sie erzeugen die Milch und bestimmen die Menge. Sie müssen aber raus aus der Einzelkämpferposition auf den Höfen und hin zu einer solidarischen, machtvollen Vertretung der eigenen Interessen. Das muss die Lehre aus der Milchkrise sein!

Ottmar Ilchmann,
Milchbauer in Ostfriesland

Farmeinkommen auf Rekordtief

Das Netto-Einkommen der Landwirte in den USA ist 2016 um 17,2% auf den niedrigsten Stand seit 2009 gesunken. Als Ursachen dafür nennt das US Landwirtschaftsministerium, USDA, niedrige Preise bei Fleisch (Rind- und Schweinefleisch) Getreide und Mais. Eine Verbesserung der Situation 2017 sei nicht zu erwarten. Beim USDA geht man statt dessen von einer weiteren Verschlechterung der ländlichen Wirtschaft aus, die Einkommensprognosen vom August 2016 wurden nochmals nach unten korrigiert weil die Landwirte im Mittleren Westen zum vierten Mal in Folge eine Rekord-ernte bei Mais und Sojabohnen eingefahren haben. Aufgrund der geringen Preise für Mais lagern in den Silos teilweise noch Erntebestände von 2015. Bei Soja sind die Preise stabiler. Das Netto-Einkommen von Betrieben mit Tierhaltung wird voraussichtlich um 12,3% fallen, die Preise für Milch, Rind- und Schweinefleisch, Hühner und Eier sind weiter gesunken. Beigetragen dazu haben Schweine- und Hühnermäster die über eine Ausweitung der Produktion versuchten die Einkommenseinbußen zu kompensieren. ml



Zusammenstehen: Austausch untereinander, gemeinsam Druck machen, selbst auf dem Hof genug statt mehr erzeugen

Foto: Jasper

Gentechnikgesetz in der Kontroverse

Nach wie vor gibt es politischen Streit darüber, wie die europäische „opt/out“-Richtlinie in das deutsche Gentechnikgesetz umgesetzt werden soll. Es geht einmal mehr darum, ob die neu eröffneten Anbauverbotsmöglichkeiten flächendeckend für ganz Deutschland umgesetzt werden, oder ein Flickenteppich unterschiedlicher Bundesländerverbote entsteht. Und es geht darum, wer die Verantwortung dafür übernimmt, der Bund oder die Bundesländer. Der im Oktober vorgestellte Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums erntete viel Kritik unter anderem von der SPD. Nach eingehender Prüfung würde der jetzige Entwurf nicht mit der SPD durchgehen, so Elvira Drobinski-Weiß, Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Sie wolle ein rechtssicheres, flächendeckendes Verbot sicherstellen und keinen Flickenteppich. Kurzfristig war in dem Begründungsteil des Gesetzes ein Absatz zu den neuen Gentechnik-Verfahren aufgenommen worden. Dem Vorsorge- soll ein „Innovationsprinzip“ an die Seite gestellt werden. Wie es dazu gekommen sei, müsse aufgeklärt werden, so der umweltpolitische Sprecher der SPD, Matthias Miersch. Er brach erneut eine Lanze für das verfassungsrechtlich verbrieftete Vorsorgeprinzip, das für ihn unverrückbar sei. Auch nach Meinung der Bundesländer gibt es erheblichen Änderungsbedarf. Am 16. Januar wird es eine öffentliche Anhörung dazu geben, die zweite Lesung im Bundestag soll im Februar sein. *av*

Marktregulierung à la Genossenschaftsverband

Während sich andere noch den Kopf zerbrechen, wie man künftig Marktkrisen vorbeugen kann, hat Joachim Burgemeister vom Genossenschaftsverband in Schleswig-Holstein die Lösung schon parat. Laut „Agrarmanager“ vom Dezember 2016 fordert er ein Ende der angeblichen politischen Rettung von Betrieben mit zehn oder 15 Kühen und propagiert ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung. Das würde mit einem Schlag ein Viertel der Erzeuger aus der Produktion nehmen. „Diese Betriebe seien ohnehin nicht zukunftsfähig, und der Markt wäre wieder im Gleichgewicht.“ Erschreckend, wie deutlich der Genossenschaftsverband hier den verschärften Strukturwandel einfordert, ohne jede Rücksicht auf die gravierenden Folgen für dörfliche Strukturen, Landschaftsbild und gesellschaftliche Akzeptanz! Genau die Betriebe, die nichts, aber auch gar nichts zur Produktionssteigerung der letzten Jahre beigetragen haben, sollen das Feld räumen und es den aggressiven Wachstumsbetrieben überlassen, die Hauptverursacher der Mengenausweitung sind! Preisfrage: Wie lange wird es wohl dauern, bis die Wachstumsbetriebe die geringe Mengenreduzierung durch das Ausscheiden der Kleinbetriebe wieder ausgeglichen haben? Zweite Preisfrage: Sollten nicht auch große Genossenschaftsmolkereien aus dem Markt genommen werden, die durch dauerhaft niedrige Auszahlungspreise bewiesen haben, dass sie nicht zukunftsfähig sind? *oi*

DGB: CETA so nicht zustimmen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kommt in einer Bewertung vom 6. Dezember zu dem Schluss, dass die Zusatzklärungen zum CETA-Vertrag, also dem Abkommen zwischen der EU und Kanada, nicht ausreichen, um die gravierenden Probleme von CETA zu beheben. Mit dieser Art von Dokumenten hat sich u.a. Sigmar Gabriel seine Zustimmung zu CETA im EU-Rat in seiner zum Teil CETA-kritischen Partei errungen. Außerdem sind diese Zusatzklärungen auch dafür genutzt worden, den Widerstand von Belgien, ausgehend von der Region Wallonie, zu brechen. In der Bewertung hält der DGB die Auslegungen zum Investitionsschutz weiterhin für problematisch, da dieser weiterhin zu einer Ausweitung von Schiedsgerichtsprozessen führt, statt diese einzudämmen. Auch das Vorsorgeprinzip sieht der DGB nicht geschützt. „Zwar gibt es eine Erklärung der EU-Kommission, die sich auf das Vorsorgeprinzip in den europäischen Vertrag bezieht. Dies ist zwar eine wichtige Klarstellung, ist aber auf Grund ihrer Form (einseitige Erklärung) höchst wahrscheinlich wenig wirksam“, so der DGB. Der fordert die EU-Parlamentarier auf, CETA nur zuzustimmen, wenn die gravierenden Probleme wirksam behoben werden. Die Abstimmung im EU-Parlament ist für den 1./2. Februar vorgesehen. *bet*

Agrar-Sozialwahl

Zwei Freie Listen sind im Rennen bei der Zulassungssitzung am 5. Januar

Beim Wahlausschuss der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) in Kassel sind insgesamt sechzehn verschiedene Vorschlagslisten zur Sozialwahl 2017 fristgerecht eingereicht worden (siehe Tabelle). Darunter sind auch die Freie Liste Eickmeyer u.a. für die Gruppe der Selbständigen ohne familienfremde Arbeitskräfte und die Freie Liste Mann u.a. für die Gruppe der Arbeitgeber. Für deren Zulassung hatten sich viele Bauern und Bäuerinnen, Waldbesitzer, Imker und Gärtner aus dem ganzen Bundesgebiet mit ihrer Unterschrift auf den Unterstützer-Listen ausgesprochen: Für die Freie Liste Eickmeyer sind über 2.000 Unterstützer-Unterschriften eingereicht worden, wovon der Wahlausschuss 1.733 als gültig anerkennt. Für die Freie Liste Mann konnten 986 Unterstützer-Unterschriften eingereicht werden, davon 888 gültige. Als Mindestzahl hatte der Wahlausschuss 1.000 Unterschriften festgesetzt. Die Freie Liste Eickmeyer erfüllt das Quorum, die Freie Liste Mann noch nicht.

Die AbL wirft dem Wahlausschuss der SVLFG vor, diese Mindestzahl fehlerhaft bestimmt zu haben. Das hängt an der Frage, ob bei der SVLFG die Anzahl der Versicherten oberhalb oder unterhalb von einer Million liegt: liegt sie drüber, müssen Freie Listen 1.000 Unterschriften beibringen; liegt sie drunter, reichen 500 Unterschriften.

In der Sitzung des Wahlausschusses der SVLFG vom 14.-15. Dezember hat die Vorsitzende des Wahlausschusses erklärt, dass der Wahlausschuss von insgesamt 1,155 Millionen Versicherten ausgeht. Davon sind 550.000 Beschäftigte in Landwirtschaft, Forsten und Produktionsgartenbau (der Rest sind z.B. Garten- und Landschaftsbauer), wobei die Betriebsleiter oder Ehegatten rausgerechnet sind. Nicht rausgerechnet sind aber die 314.300 Saisonarbeitskräfte, die nun das Zünglein an der Waage sind. Die AbL sagt, sie dürfen nicht mitgezählt werden, denn sie sind weniger als sechs Monate im Jahr beschäftigt. Das gesetzliche Kriterium lautet, dass als Versicherter nur gilt, wer „regelmäßig mindestens 20 Stunden im Monat“ im Unternehmen beschäftigt ist. Und „regelmäßig“ heißt in der Rechtsprechung „mindestens sechs Monate im Jahr“, was Saisonarbeitskräfte eben nicht erfüllen. Ohne sie käme der Wahlausschuss nur auf 841.000 Versicherte – und das Quorum liegt bei 500. Am 5. Januar setzt der Wahlausschuss seine öffentliche Sitzung über die Listenzulassung fort. Dort kann er das feh-

lerhafte Quorum korrigieren.

In der Sitzung am 14./15. Dezember hat die Vorsitzende weitere Zweifel an der Zulassungsvoraussetzung der Freien Listen vorgetragen. So hält sie den Freien Listen vor, nicht unabhängig voneinander zu sein und damit die eigenen Wahlchancen zulasten der anderen Listen unzulässig zu erhöhen. Zum anderen sieht sie den Wahlrechtsgrundsatz der Gegnerfreiheit verletzt, weil die Freie Liste Mann, die für die Gruppe der Arbeitgeber antreten will, mit u.a. mit der Freien Liste für die Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte zusammenhänge. Bezüglich des sechs Listen der im Deutschen Bauernverband (DBV) versammelten Landesbauernverbände und des ebenfalls im DBV-Präsidium vertretenen Arbeitgeberverbandes hat der Wahlausschuss solche Zweifel bisher nicht geäußert.

*Ulrich Jasper,
Listenvertreter Freie Liste Mann...*

Gruppe der Selbständigen ohne fremde AK (SofA)

- Freie Liste Eickmeyer, Habben, Schmid, Behring, Michel
- Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg (Landesbauernverbände BaWü)
- Bayerischer Bauernverband
- Bauern, Bäuerinnen, Winzer, Winzerinnen, Jungbauern, Jungwinzer und Waldbauern in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Landesbauernverbände HE, RP, SL)
- Bauernverbände Niedersachsen und Schleswig-Holstein
- Deutsche Landwirte e. V. (VDL)
- Deutscher Bundesverband der Landwirte im Nebenberuf e. V. (DBN)
- Jagd (Deutscher Jagdverband und Bayerischer Jagdverband)
- Land- und Forstwirte der neuen Bundesländer (Landesbauernverbände)
- Landwirtschaftsverbände NRW (WLV und RLV)
- Waldbesitzerverbände (Verbände der neuen Bundesländer)
- Verband der Landwirte im Nebenberuf Landesverband Bayern e.V.

Gruppe der Arbeitgeber

- Freie Liste Mann, Hirsch, Koch, Bunsen, von Woellwarth
- Arbeitgeber der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und des Gartenbaus in der SVLFG (Arbeitgeberverbände)

Gruppe der Arbeitnehmer

- Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)
- IG BAU / ver.di

Betriebsspiegel:

40ha Grünland
50 Milchkühe (überwiegend Braunvieh) mit Nachzucht, 10 Mast-schweine (meist Schwäbisch Hällisch x Pit), werden direkt vermarktet
ein paar Hühner für den Eigenbedarf
Demonstrationsbetrieb für den ökologischen Landbau

Manchmal tut man Dinge, von denen man lange glaubte, man würde sie nie tun. So erging es mir vor eineinhalb Jahren, als mir von meiner früheren leitenden Behörde freundlich mitgeteilt wurde, dass meine Beurlaubung demnächst ende. Ich müsse mich also entscheiden, ob ich meinen Dienst wieder aufnehmen oder die Entlassung

aus dem Beamtenverhältnis beantragen wolle.

Natürlich hatte ich gewusst, dass diese Entscheidung irgendwann anstehen würde. Für mich war aber klar gewesen, dass ich nach der langen Beurlaubungszeit nicht mehr in den Beruf zurückkehren würde. Ich hatte nicht das Gefühl, nicht ausgelastet zu sein. Im Gegenteil, ich konnte mir gar nicht vorstellen, dass ich das schaffen würde. Die Welt hatte sich ja auch in beruflicher Hinsicht weiter gedreht. Obwohl, wenn ich ganz ehrlich war, blitzte manchmal kurz der Gedanke auf, wie das wohl wäre, wieder ein

bisschen in die Berufswelt außerhalb des Hofes einzusteigen. Solche Gedanken verwarf ich aber immer sofort. Außerdem schätzte ich meine Freiheit in der Zeiteinteilung sehr, und die Vorstellung, in dieser Freiheit eingeschränkt zu sein, fand ich anstrengend.

Ich hatte allerdings nicht mit der Reaktion meiner Familie gerechnet, die „cool“ fand, wenn ich wieder in den Beruf einsteigen würde. Mein Mann sah die ganze Sache überdies sehr praktisch: Wir wüssten ja nicht genau, wohin die Entwicklung in der Landwirtschaft ginge. Deshalb wäre es gut, wenn ein Einkommen sicher wäre ...

Ich sollte doch auf jeden Fall nachfragen, ob es etwas Passendes für mich gebe. Das schien mir relativ „ungefährlich“ zu sein, denn ich wollte eine Teilzeitstelle, und die waren vor meiner Beurlaubungszeit rar bis nicht vorhanden gewesen. (Im Nachhinein betrachtet, wollte ich mich vor einer aktiven Entscheidung drücken.) Umso überraschter war ich natürlich, als mir der Chef sofort eine passende Stelle anbot. Ich war hin- und hergerissen. Aber – no risk, no fun – ich entschied mich letztlich dafür, es doch zu probieren.

Der Anfang war natürlich sehr anstrengend und aufregend. Ich musste mir das meiste ja wieder neu aneignen. Zu meiner Verwunderung waren mir aber einige Dinge plötzlich wieder geläufig, je mehr die Zusammenhänge für mich sichtbar wurden. Es wird noch einige Zeit dauern, bis ich mir richtig sicher bin, aber es ist machbar. An den veränderten Zeitrhythmus habe ich mich ebenfalls gewöhnt. Es macht Spaß, sich mit neuen Themen zu befassen. Ich habe dabei immer das Gefühl, als würden mal wieder andere „Gehirnwindungen“ benutzt.

Natürlich bleibt zu Hause einiges liegen. Das stört mich oft, zumal es sich anscheinend noch nicht bei allen Familienmitgliedern herumgesprochen hat, dass man verschiedene Arbeiten durchaus ohne Aufforderung erledigen darf. Ich selbst muss noch lernen, mal fünf gerade sein zu lassen oder einfach zu streichen, was nicht unbedingt notwendig ist. Eines habe ich jedoch bereits gelernt: Sag niemals nie!

*Elisabeth Waizenegger,
Legau*

Sag niemals nie

Du sagst immer, wir hätten den schönsten Beruf der Welt! Fühlt sich das denn bei dir jeden Tag wirklich so an?“, fragte mich neulich nach meinem Vortrag auf einem Feldtag ein lieber Berufskollege. Mit großer Sicherheit und Überzeugung aus über 25 Jahren intensiver AckerBAUERNerfahrung antwortete ich dann: „NEIN“; es gibt Tage, die sind SCH... .

Irgendwann, nachdem der letzte Buchweizen gedroschen ist und jetzt beruhigend durch die Trocknung klingelt, die neue Ernte niedersächsischer Sojaexpeller ins Lager rieselt und der Hof im Reif eines frostigen, sonnigen Adventsmorgens glitzert, geht es los: Mähdrescher rausgefahren, Staubmaske auf, Flexbrille drüber, Micky-maus auf die Ohren, Kopflampe an, fetter Kompressorschlauch unterm Arm in den „Dreschkasten“ gekrabbelt UND ...Telefon! Ein Glück! ... Schlauch fallen lassen, rauskrabbeln, Kopflampe runter, Micky-maus ab, Brille und Maske wegschmeißen und erst mal schön telefonische Ackerbauberatung für einen anderen lieben Berufskollegen machen.

Dann aber geht alles wieder rückwärts und das Schicksal nimmt seinen Lauf: das Mähdrescherausblasen. Bei gefühlten 135 Dezibel und Staub in der Schnauze hört man nicht, wie Hunderte von Wildgänsen über den winterlichen Hof fliegen, sondern kriecht durch kalte, enge Metallzwischenräume ohne Sonne. Doch dann ...kul-lert eine weiße Lupine hinter irgendeiner Kante der Wendetrommel hervor. Ich denke an die wunderschönen, weichen Fiederblätter dieser großartigen Pflanze im Frühjahr! Wie wir sie jede Woche mit dem Striegel „umsorgen“; wie sie superlebendig lindgrün in Rei-



Schönster Beruf der Welt

hen steht; wie es nach frischem Boden riecht und die Lerche dazu singt.

Und dann liegen doch hinterm Vorbereitungsboden noch ein Paar Dinkelkörner faul im Spelz herum und erinnern mich daran, wie vor einem Jahr deren Saat im goldenen Herbst den Anfang eines erfreulichen Jahresablaufs gesetzt hat, während die Kraniche auf ihrem Weg dazu eine verheißungsvolle Stimmung verbreitet haben. Wenn jetzt noch eine Handvoll Soja hinter der Kabinenrückwand rumlungert, wird mir nicht nur ganz heiß wegen der ganzen Wühlerei und Kletterei, sondern auch ganz warm ums Herz, weil mir wieder einmal klar wird, wie wir aus unserem

Boden mit guter Technik, intuitivem Bauchgefühl und Lebensmut verschiedenste, wertvolle Lebensmittel und Futtermittel wachsen lassen!

Schließlich ist meine treue Erntemaschine wieder mal, nach acht verschiedenen Kulturen und fünf Monaten, mit ihrer siebzehnten Ernte fertig und geht in den wohlverdienten Winterschlaf! Ich höre die Gänse wieder, wie sie durch den winterlichen Himmel über meinen Hof ziehen, und ich möchte die Frage meines lieben Berufskollegen doch mit „JA“ beantworten: Jeder Tag ist auf seine Art großartig, schön und einzig. Viele verschiedene Früchte, ein erfülltes Jahr mit der Natur und einer

auskömmlichen, gesunden Ernte für und mit unserer Familie; wir haben eben doch den schönsten Beruf der Welt und sind stolz darauf.

*Jan Wittenberg,
Mahlerten*

Betriebsspiegel:

Bio-Ackerbau, pfluglos
160 ha Acker, 10 ha Grünland,
20 Mutterkühe Highland Cattle,
Ölmühle für regionales Bio-Soja vom Hof

Lebenswerk schaffen und loslassen

Gedanken zum Workshop „Ich mach dir den Hof“ in Witzhausen

Wir sind zu Gast auf dieser Erde und haben Verantwortung da, wo wir leben und arbeiten. Niemand bringt etwas mit und jeder geht wieder ohne Hab und Gut.

Wenn wir mal über 50 Jahre alt sind, stellt sich irgendwann die Frage: Wie wird es mit meinem/unserem Hof weitergehen? Was machen die eigenen Kinder, haben sie Interesse am Hof und an der Landwirtschaft? Heute ist es nicht mehr so, dass eins den Hof übernehmen muss, wenn keine Freude und Leidenschaft für die Landwirtschaft da ist. Auch unsere Kinder haben sich anders orientiert. Was heißt dies für den Hof? Wenn sich die Entwicklung abzeichnet, wird man in der Regel nur noch wenig investieren und es besteht natürlich die Gefahr, dass der Hof den Anschluss an die allgemeinen Entwicklungen verpasst. Aber weiter langfristig zu investieren, wenn man selber dies nicht mehr so lange machen kann, sollte auch sehr gut überlegt werden. Somit stellt sich die Frage: Was wollen wir mit dem Hof machen, was wollen unsere Kinder?

Dies ist die wichtigste Frage und dafür braucht man Zeit. Zwei Jahre sind nicht zu viel, um eine Klärung herbeizuführen. Will man den Hof erhalten und möchte man möglichst viel Kapital davon haben? Für uns war die erste Priorität, wir wollen den Hof als vielfältigen Biohof erhalten und er soll für die Region da sein. Auch die Frage, wollen wir hier bleiben oder wegziehen, ist

wichtig. Auch immer die Kinder mit einbeziehen und sich so langsam klar werden: So möchten wir es haben. Natürlich kann man viele Wünsche haben, aber sind diese auch realistisch?

Eine Ist-Analyse ohne Wenn und Aber ist sinnvoll, wo stehen wir und der Hof finanziell? Wenn dies klar ist, kommt der Blick in die mögliche Zukunft. Was ist denn möglich, um auf dem Hof ein ordentliches Einkommen zu erwirtschaften? Spätestens hier kommt auch die Frage auf: Sollen hier eine oder zwei Familien leben und arbeiten? Mir war es immer wichtig, einen Hof mit zwei Familien zu haben, so kann man auch mal Urlaub machen oder auch eine Krankheit ausheilen. Bei einer Hofnachfolge außerhalb der Familie muss man auch immer daran denken, dass die Hofnachfolger in der Regel keine Verwandten und auch keine Bekannten und Freunde in der Nähe haben, zumindest am Anfang nicht, deshalb ist eine zweite Familie von Vorteil. Wir haben alle möglichen Varianten durchgerechnet und dann hatten wir eine Grundlage für die Suche von Hofnachfolgern.

Die Suche über die Hofgründerbörse ist eine Möglichkeit, jemanden zu finden, aber auch Anzeigen und Veranstaltungen wie „Ich mach dir den Hof“ sind Möglichkeiten. Gut war die anonyme Bewerbung über die Hofgründerbörse, so kann man in Ruhe lesen und entscheiden, ob man überhaupt einen Kontakt will. Dann geht es los mit Ken-

nenlernen und Abtasten von beiden Seiten. Wir hatten etwa 20 Bewerbungen und davon etwa fünf zum Besuch eingeladen. Auch hier ist es wichtig, Zeit zu haben und dann die Entscheidung reifen zu lassen. Auch für die Hofnachfolger ist es genauso wichtig, zu klären was man will und was nicht. Auch über seine Finanzen sollte man Klarheit haben. Alles kann man nicht immer haben, auch Kompromisse sind notwendig.

Fünf Jahre braucht man Zeit, besser sind sieben Jahre, und es ist auch absolut notwendig, Berater für die einzelnen

Schritte zu haben, zur Selbstfindung, zur Betriebsanalyse, zur Betriebsentwicklung und dann zur Hofübergabe selbst mit Steuerberater und Rechtsanwalt. Auch über die Form der Hofübergabe, Pacht, Verkauf, Kommanditgesellschaft, Genossenschaft usw., muss man sich klar werden. Viele Fragen kommen erst beim Gehen. Auch die Übergabe wird Geld kosten, bitte daran denken.

Fazit: Bei sich selbst anfangen und den dritten Lebensabschnitt nicht vergessen!

*Manfred Nafziger,
abgebender Bioland-Bauer*



Manfred Nafziger (1.v.l.) hat Erfahrung mit Hofübergabe - seine außerfamiliären Nachfolger sind Marlene und Marc Herzog-Grawitschky (2.u.3.v.r.)
Foto: Herzog

Landwirtschaft mit Zukunft

Vom 10. Sächsischen Bauern- und Imkertag in Limbach

Draußen: graues Wetter, Regenschauer und ein freier Tag. Das Wetter zeigte sich am Buß- und Betttag – in Sachsen noch immer Feiertag – von seiner gewohnten Seite. Drinnen: Im Rittergut Limbach bei Wilsdruff findet der 10. Sächsische Bauern-, Imker- und Verbrauchertag statt. Auch da alles wie gewohnt?

Seit 2007 organisiert das Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen diese Veranstaltung. „Wir geben nun schon zum zehnten Mal Gelegenheit, sich zu informieren, das Neueste aus Politik und Wissenschaft sowie über Zivilcourage zu erfahren, zu diskutieren und Möglich-

keiten zur Vernetzung“, sagt Milana Müller, Koordinatorin des Aktionsbündnisses. „In den ersten Jahren standen die kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Gentechnik auf Nutzpflanzen und -tiere sowie die Frage, wie künftig eine gentechnikfreie Qualität der Lebensmittel gewährleistet werden kann, im Mittelpunkt. Im Jahr 2013 erfuhr der Bauern- und Imkertag in seiner siebten Auflage eine inhaltliche Aufweitung auf weitere landwirtschaftspolitische Themen.“ Richtete sich die Veranstaltung anfangs vor allem an Bauern und Imker, kamen später noch die Verbraucher als weitere Zielgruppe hinzu – auch als Anstoß

zum Dialog zwischen den Gruppen.

In diesem Jahr stand die Veranstaltung unter dem Titel „Landwirtschaft mit Zukunft“. Es wurden Wege aufgezeigt, wie eine enkeltaugliche Landwirtschaft aussehen kann. Filmemacher Valentin Thurn, berichtete von den Dreharbeiten zum Film „10 Milliarden – wie werden wir satt?“. Zuvor hatte er auch „Taste the waste“ produziert. Durch beide Filme sei ihm klar geworden: Wir müssen wieder selbst für unser gutes Essen sorgen. Mit anderen Aktiven entstand so der Ernährungsrat in Köln. Und auch in Sachsen tut sich etwas in dieser Richtung: Gemeinsam mit dem INKOTA-Netzwerk e.V. entstehen gerade in Dresden und Leipzig Ernährungsräte.

Beim zweiten großen Vortrag des Tages stellte Holger Loritz vom Netzwerk

Blühende Landschaften die vielfältigen Möglichkeiten vor, unsere Kulturlandschaften wieder zum Blühen zu bringen.

Am Nachmittag stellten Aktive in zehn kurzen Vorträgen in jeweils sechs Minuten ihre Arbeit für eine enkeltaugliche Landwirtschaft in Sachsen vor. Ein Kaffeetrinken mit einer Geburtstagsstorte in Form einer Bienenbeute schloss den inhaltlichen Teil ab und gab ausreichend Gelegenheit, Fragen an die Referenten direkt stellen zu können. Unterstützt wird diese Veranstaltung schon langjährig von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und der Linken im Bundestag, aber auch von regionalen Betrieben wie Hof Mahlitzsch, Pfarrgut Taubenheim oder Leibspeise Dresden.

*Jens Heinze,
Aktionsbündnis gt-freie Landwirtschaft*

Dass es Veränderungen in der Landwirtschaft, am stärksten sicher in der Tierhaltung, geben wird und muss, ist keine Frage mehr. Das Prinzip des Schulterchlusses zwischen Bauern und Gesellschaft, einem Gründungselement der AbL, wird seit sieben Jahren kraftvoll auf der „Wir haben es satt“ - Demonstration in Berlin demonstriert und ist inzwischen unmöglich zu ignorieren. Die AbL steht für eine bäuerliche Landwirtschaft, die Tiere artgerecht hält, die Umwelt schont und Bauernhöfe stärkt. Wichtig wird es im kommenden Jahr und nach der bevorstehenden Bundestagswahl sein, dass die Bauern und Bäuerinnen im anstehenden Umbauprozess nicht hinten runter fallen. Jetzt sind alle – Bauern, Marktpartner, Politiker und Verbraucher - gefordert, die Weichen für die nötigen Veränderungen zu stellen und eine Finanzierung zu sichern, um den Umbau Wirklichkeit werden zu lassen.



Wie geht Zukunftslandwirtschaft?

Der Umbau von Tierhaltung und Ackerbau in eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft muss ohne weiteren Strukturwandel erfolgen

Schon lange hat der Strukturwandel große Lücken in die dörflichen Strukturen geschlagen. 70 Prozent der Betriebe haben in den vergangenen 30 Jahren aufgehört. Das Land wird von den verbleibenden Betrieben bewirtschaftet. Und mit diesem Wandel haben sich auch die Bauern verändert. „Die Landwirte sind zu Unternehmern geworden. Sie wissen, was sie tun, wollen Geld verdienen, streben nach Kostenführerschaft“, kommentiert der ehemalige Bundesvorsitzende der AbL Karl-Friedrich Osenberg die Entwicklungen.

Rationalisierung und Wachstum

Mit dem Rückgang der Betriebe hat sich auch die Bedeutung der Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft verschoben. Anders als in der Stadt, in der die Bauern nie im Alltag präsent waren, hat sich ihre Wahrnehmung auch auf den Dörfern stark gewandelt. Im Alltag von immer weniger Menschen spielt die Landwirtschaft eine Rolle. Gleichzeitig werden die Betriebe und die Maschinen immer größer, werden nicht selten als bedrohlich wahrgenommen und haben das Potenzial zum Feindbild. Nur wenige Betriebe haben sich dem Wachsen oder Weichen entziehen können. Doch trotz großer Strukturen und rationalisierter Abläufe ist die Einkommenssituation noch immer schwierig. „Warum immer größer, obwohl es den Betrieben und den Menschen damit schlecht geht?“, wundert sich Elisabeth Freesen aus der jungen AbL und Mitglied im AbL-Bundesvorstand.

Der Bauer als Unternehmer sollte die Kostenführerschaft anstreben. Gesellschaftliche Belange rückten dabei

schnell in den Hintergrund. Greifvögel wie der Rote Milan waren vom Aussterben bedroht, weil DDT die Schalen ihrer Eier zu dünn werden ließ, Grundwasserbrunnen mit Atrazin belastet. Flurbereinigungen ordneten die Landschaft neu und schafften großräumige Strukturen. Aktuell ist es Glyphosat auf dem Acker oder Nitrat im Grundwasser, das aufwendig von Wasserwerken auf Kosten der Allgemeinheit aufbereitet werden muss.

Wer allerdings alleine den Bäuerinnen und Bauern, den Landwirten und Agraringenieuren die Schuld an den Entwicklungen geben will, macht es sich zu einfach, denn sie haben genau dasselbe gemacht, was alle großen Unternehmen taten und tun: sich um Kostenführerschaft zu bemühen und Einsparungspotenziale zu Lasten der Umwelt, der Tiere und vielleicht sogar der eignen Gesundheit billigend in Kauf zu nehmen. Allerdings mit dem Unterschied, dass ihre Kosteneinsparungen mit immer niedrigeren Erzeugerpreisen einhergingen.

Die Entwicklungen führten immer weiter in die Spezialisierung. Immer weiter voranschreitende Rationalisierung, geteilte Produktionsverfahren in der Schweinehaltung, hochspezialisierte Ackerbau- und Milchviehbetriebe. Mit der Lohnmast beim Geflügel und inzwischen auch immer mehr im Schweinebereich ging neben der Vielfältigkeit der Betriebe auch deren Eigenständigkeit verloren.

Durchwachsenes Resümee

„Gegen die fortschreitende Industrialisierung hat die Arbeitsgemeinschaft

bäuerliche Landwirtschaft immer gekämpft“, so Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, ehemaliger Bundesvorsitzender der AbL und Europaabgeordneter und gesteht ein, dass es nicht gelungen ist, diese Entwicklung aufzuhalten. Exemplarisch schildert Günther Völker, Schweinehalter in Rheda-Wiedenbrück, die Entwicklungen auf seinem Betrieb, der immer gewachsen sei: auf inzwischen 300 Sauen, 1.000 Mastplätze und deutlich über 100 ha. „Aber ganz ohne die oftmals übliche Verdrängung der Nachbarn.“ Nicht selten liefen Betriebe aus, weil die Hofnachfolge ungeklärt war. Auch dies sind nicht unproblematische Entwicklungen für den Erhalt einer vielfältigen Landwirtschaft. „Selbst wenn wir den Raum für bäuerliche Landwirtschaft schaffen“, so Phillip Brändle aus dem AbL-Bundesvorstand, „brauchen wir Menschen, die die Höfe fortführen.“

Umbruch – Weiterentwicklung

Gesellschaften entwickeln sich. Wirtschaftsbeziehungen, Absatzmärkte, ökonomische und gesellschaftliche Anforderungen sind einem ständigen Wandel unterzogen. Davon ist auch die Landwirtschaft nicht ausgeschlossen. Bei allem Bemühen um Kostenführerschaft, Effizienzsteigerung und Optimierung ist es nicht gelungen, eine für die Betriebe auskömmliche Einkommenssituation zu erreichen. Und das, obwohl man nicht nur in den Intensivregionen ein massives Gülle-Entsorgungsproblem hat, derzeit Nitrat im Grundwasser thematisiert wird, während die niederländischen Nachbarn schon über eine Phosphatquote debat-

tieren. Gleichzeitig wird der gesellschaftliche Dissens zwischen Produktionsrealität auf den Betrieben und Produktionswunsch der Verbraucher immer deutlicher sichtbar.

Es wird zu Veränderungen kommen. Das zeigen die aktuellen Aktivitäten von Politik, Wissenschaft, und selbst der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) veröffentlicht eine „Offensive Nachhaltigkeit“, in der er den Umbau fordert. Gefordert wird ein Umsteuern auch von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung, die alarmiert durch immer neue Skandale und Bilder aus industriellen Tierhaltungen einen anderen Umgang mit Tier und Natur fordert: Stroh statt Spalten, mehr Platz pro Tier, einen Rückbau der Ställe in den Intensivregionen, aber auch ein grundlegender Umbau der derzeit etablierten Haltungssysteme beim Schwein sind nur einige der Forderungen. „Wir haben in den vergangenen 30 Jahren immer wieder umgebaut, die Systeme verändert“, gibt Günther Völker zu bedenken. Immer wieder hätten sich die Anforderungen verändert, „jetzt müssen wir die Bauern abholen“. Ganz ähnlich argumentiert auch Ulrich Jasper: „Die strohlose Schweinehaltung“, so der Bundesgeschäftsführer der AbL, „ist ein Treiber der Rationalisierung gewesen.“ Dieser Antrieb schein an Kraft verloren zu haben, so Jasper und warnt: „Der Umbau der Schweinehaltung, Klimazonen, keine Gülle, Strohhaltung, darf nicht zu einem erneuten Verlust von Betrieben führen.“

Dass auch die Gesellschaft bei diesen

Was kostet der Wandel in der Nutztierhaltung?

Mehraufwand auf dem Weg zu mehr Tierwohl erfordert neue Einkommensquellen für die Höfe

Ein Umbau der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung hin zu mehr Tierwohl wird, rein ökonomisch betrachtet, Mehrkosten verursachen. Deren Größenordnung ist bisher zumindest grob auf drei bis fünf Milliarden Euro jährlich geschätzt worden. Das entspricht „etwa drei bis fünf Prozent der Aufwendungen für Nahrungsmittel privater Haushalte“ oder „etwa 60 bis 100 Prozent des heutigen Jahresbudgets für die landwirtschaftlichen Direktzahlungen [aus dem EU-Haushalt] in Deutschland“, so die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik (WBA) beim Bundeslandwirtschaftsministerium in ihrem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ von März 2015.

Diverse Mehrkosten

Für diese Schätzung wurde zunächst auf Grundlage verfügbarer Studien eine Bandbreite der erwarteten Kostenerhöhungen je Tierart zusammengestellt. Ein-

bezogen wurde die Umsetzung bestimmter Maßnahmen, die vom WBA als zukünftig notwendig angesehen werden (u. a. reduzierte Besatzdichte, organisches Beschäftigungsmaterial, Außenklimakontakt, Verzicht auf kupierte Schwänze oder gekürzte Schnäbel bzw. auf Enthornung). Auch die Umstellung hin zu einem durch bestehende Labelprogramme (Tierschutzlabel, Bio, Neuland) definierten Premiumstandard wurde berücksichtigt. Dabei wurden die Schweinemast inklusive Ferkelerzeugung und die Rindermast mit jeweils 28 bis 42 Prozent Kostenerhöhungen als die Bereiche bestätigt, die vor den größten Veränderungen stehen. Die Mehrkosten im Legehennenbereich wurden mit 9 bis 24 Prozent angegeben, die für die Hühnermast mit 9 bis 22 Prozent. Die Bandbreite für die Milchviehhaltung wird, je nach Möglichkeit Weidegang umzusetzen, von „relativ geringen Zusatzkosten“ bis hin zu einem „höheren zweistelligen Prozentbereich“ eingeschätzt. Die Mehrkosten könnten

auf den Betrieben auch erheblich höher ausfallen, wenn z. B. ein Stallneubau, unabhängig von betrieblichen Entwicklungsschritten, oder umfangreiche Umbauten notwendig werden. Die Kosten erhöhen sich außerdem durch Zielkonflikte mit anderen Anforderungen, z. B. im Umweltschutz.

Besser und weniger

Der WBA spricht auch die besondere Herausforderung auf den Höfen an: Wegen der geringen Margen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse können selbst geringfügige Erhöhungen der Kosten für viele Betriebe zu existentiellen Schwierigkeiten führen. Das bedeutet, es besteht die Gefahr eines verstärkten Strukturwandels „bei einem fehlenden Ausgleich durch höhere Marktpreise oder Zahlungen im Rahmen privatwirtschaftlicher oder staatlicher Programme“. Für die gesamte inhaltliche und finanzielle Gestaltung des Umbauprozesses fordern die Mitglieder

des WBA, eine bundeseinheitliche Strategie mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und Schritten zu entwickeln und einen langfristig tragfähigen gesellschaftlichen Konsens anzustreben. Dazu passen würde nach Ansicht des WBA ein Leitbild „besser und weniger“: „Eine Transformation von der Strategie der Mengenausweitung und Kostenführerschaft zu einer Differenzierungsstrategie mit höherer Wertschöpfung pro Produkteinheit eröffnet verbesserte Möglichkeiten für Tier- und Umweltschutz.“ Die WissenschaftlerInnen betonen: „Tierschutzprobleme können nicht allein durch Anhebung von Mindeststandards gelöst werden. Insgesamt bedarf es eines Politik-Mixes, der gesetzliche Mindeststandards, Selbstbeschränkungsabkommen/Brancheninitiative und Labelprogramme mit staatlichen Kompensationszahlungen im Rahmen der zweiten oder auch der ersten Säule [des EU Agrarhaushaltes] koppelt.“ *cw*



Moderne Hühnerhaltung vor ihrem Bauernhof und hinter ihrem Mobilstall

Foto: Bohnhors

Fortsetzung von Seite 11

Entwicklungen beteiligt werden müsste, spricht Karl Friedrich Osenberg an und fragt: „Wie sehen die Ställe aus, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen?“ Es geht um den Platz der Landwirtschaft, den Platz der Bäuerinnen und Bauern in der Gesellschaft. „Wie soll Landwirtschaft aussehen?“, fragt Hugo Gödde und wirft damit eine agrarkulturelle Frage auf. Welche Aufgaben hat Landwirtschaft? Sind Bauern nur Produzenten oder kommt ihnen auch in einer arbeitsteiligen Gesellschaft eine tragende Rolle bei der Ernährungssouveränität einer Region oder eines

Landes zu? Neben dem Selbstverständnis der Bäuerinnen und Bauern geht es eben auch um das der Gesellschaft, die erkennen muss, dass auch sie mitverantwortlich ist. Dass Forderungen nach einem Umbau, einer Umstrukturierung auch ihren finanziellen Beitrag benötigen, damit der Erhalt und das Einkommen der Betriebe gesichert sind. Es wird darum gehen, sich nicht hinter einem „Wir wissen, wie es geht“ zu verschließen, sondern eine offene Diskussion zu bestreiten, Geduld zu bewahren, um Entwicklungen anzuschieben und die Betriebe in die Lage zu versetzen, dies auch umsetzen zu können. Neben der ökonomischen Betrachtung muss auch

dem individuellen Umdenken Raum gelassen werden. Das geschieht nicht von selbst. „Wir müssen die vorhandenen Möglichkeiten zeigen und bestehende Erfahrungen nutzen“, appelliert Graefe zu Baringdorf. „Da sind die Bäuerinnen und Bauern des Markenfleischprogramms Neuland oder des Premium-Tierschutzlabels ebenso Anlaufpunkte wie Betriebe, die aus dem konventionellen Vollspaltensystem heraus Pig-Port-Ställe gebaut haben oder bauliche Konzepte zum Gruppenabferkeln für Sauen ausprobieren.“

Es bedarf auch weiterhin des gesellschaftlichen Drucks, der auch bei der Demo „Wir haben es satt!“ (WHES) im

Januar wieder sichtbar werden wird. „Wir haben in den vergangenen Jahren ins Detail gehende Konzepte und Ideen entwickelt“, so Phillip Brändle, der Mitorganisator bei WHES ist. „Diese Bewegung richtet sich nicht gegen die Landwirtschaft, sondern hat den Anspruch, gemeinsame Schritte zu formulieren.“ Hierfür braucht es engagierte Menschen, die über die Verbandsgrenzen hinweg gemeinsame Ziele für eine Zukunftslandwirtschaft erarbeiten. „Wir müssen den Umbau konkret werden lassen!“, fordert Ulrich Jasper. „Wir müssen den Menschen den Wert einer vielfältigen, bäuerlichen Landwirtschaft vermitteln!“ *mm*

Noch Luft nach oben

Die Bewertung von Ammoniakemissionen aus Systemen artgerechter Tierhaltung ist verbesserungswürdig

Moderne Tierhaltung muss nicht nur den Tieren ein artgerechtes Verhalten ermöglichen, sondern auch noch einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Dabei sind Ammoniakemissionen, die von der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung ausgehen, als stärkster Eingriff in den Naturhaushalt wichtigster Parameter. Das Dilemma ist: Für geschlossene Stallsysteme, wie beispielsweise in der Schweinehaltung als gängiges System üblich, sind Emissionsort und -menge relativ einfach zu ermitteln bzw. im Genehmigungsprozess einzubringen. Artgerechte Schweineställe, die den Tieren Außenklima, Einstreu und Auslauf bieten, gibt es erstens in unterschiedlichen Konstruktionen und zweitens emittieren sie eben nicht schön geordnet über einen oder mehrere Kamine. Außerdem gibt es viel weniger Messerfahrung mit der größeren Vielfalt an konstruktiven Systemen; hinzu kommt, dass Temperatur und Einstreu auf die Ammoniakemissionen Einfluss nehmen. Genehmigungsbehörden in Deutschland entscheiden also aufgrund einer dünnen Faktenlage, wenn sie solche Bauvorhaben auf den Tisch bekommen. In Niedersachsen würden Genehmigungsbehörden in einem frühen Planungsstadium eher vom Bau von Außenklimaställen abra-

ten, berichtete Thomas Dosch, Abteilungsleiter im dortigen Landwirtschaftsministerium auf einer Tagung. Gleichzeitig zeigt die Erfahrung, dass, um „Rechtssicherheit“ zu gewährleisten, in Genehmigungsverfahren die Emissionen aus Außenklimaställen mit Auslauf deutlich höher veranschlagt werden als solche aus konventionellen Ställen. Ein Schweinevollspaltenstall wird mit einem Ammoniakemissionsfaktor von 3 kg NH₃-N pro Tier und Tag bewertet, ein Außenklima-Tiefstreuastall mit 3,5 kg NH₃-N. Für Ausläufe gibt es bislang keine Angaben, eine Richtlinie des Verbands Deutscher Ingenieure legt allerdings eine Einstufung wie für Güllelager dar. Damit erreicht man dann Werte, die mehr als doppelt so hoch liegen wie für einen konventionellen Stall. Auch ein manchmal verwendeter 30-prozentiger Emissionsaufschlag für Ausläufe erreicht noch 50 Prozent höhere Werte. Gerade in Niedersachsen gibt es Gegenden, wo im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr viel Luft ist, um neue Ställe zu genehmigen. Im Zweifel würde dann wohl eher der nicht tiergerechte Vollspaltenwarmstall den Zuschlag bekommen.

Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V.

(KTBL) nimmt sich nun der Sache an und ermittelt echte Zahlen für die Ammoniakemissionen von Ausläufen. Kein leichtes Unterfangen, erläutert Projektleiterin Brigitte Eurich-Menden. Es gebe eben so viel mehr Faktoren, die eine Rolle spielen: grundsätzliche Stallbauunterschiede zwischen Norddeutschland, wo eher an geschlossene Gebäudehüllen ein Auslauf dran gebaut werde, während in Süddeutschland mehr gänzlich offene Systeme mit Kisten zu finden seien, dann die Frage der Überdachung und der Einstreu im Auslauf. Gleichzeitig betont Eurich-Menden, wie wichtig es sei, Daten zu generieren, um endlich auf Faktenbasis entscheiden zu können. Die niedrigeren Temperaturen in den Außenklimaställen und auch die Einstreu können sich dabei im Vergleich zu Vollspaltenbodenställen durchaus positiv auf die Ammoniakemissionen auswirken. Wenn ein Bauer durch höhere Preise am Markt von weniger Tieren leben kann, ist das auch ein positiver Faktor für die Umwelt. Das sollte auch das Bundesumweltministerium im Blick behalten, wenn es sich, wie angekündigt, mit einer Verschärfung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) noch in dieser Legislaturperiode beschäftigt. cs



Günther Völker, Sauenhalter in Rheda Wiedenbrück
Foto: Dott

Markt und Macht:

„Es gibt offiziell keinen mehr, der sagt, dass wir nicht beginnen sollten mit dem Umbau der Tierhaltung. Jetzt hat sich völlig überraschend und sehr klar auch der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband mit seiner „Offensiven Nachhaltigkeit“ öffentlich für einen solchen Prozess ausgesprochen. Wichtig ist, den Umbau der Tierhaltung als komplexe Entwicklung zu sehen, die jetzt beginnt – und für die dringend geklärt werden muss, wie sie zu organisieren ist! Das muss schrittweise gehen, mit enger Beteiligung der Bauern bei der konkreten Ausgestaltung. Dabei muss der Erfolg ständig und begleitend überprüft und im Sinne der angestrebten Ziele verändert werden, damit es keine Fehlentwicklungen gibt. Denn eins ist klar, wenn Fördergeld für die anfallenden Mehrkosten beim Tierwohl in Aussicht gestellt werden, dann kann man bei den Höfen gar nicht soviel reinpumpen, wie die andere Seite der Wertschöpfungskette durch niedrigere Erzeugerpreise wieder rauszieht. Das ist am Beispiel der Milch gerade überdeutlich geworden: Während der Preismisere ist mehr Geld aus der Landwirtschaft rausgezogen worden, als an Förderung reingeflossen ist. Durch Förderung können Fehlanreize an verschiedenen Stellen der Kette entstehen. Fördergeld gibt es einmalig – der Markt und die Machtverteilung dort ist aber eine langfristige Geschichte.“

Günther Völker



Luft holen im Auslauf

Foto: Schivelbein



Höfe durch Perspektiven lebendig erhalten - wie diesen der Familie Vollmer Foto: Herzog

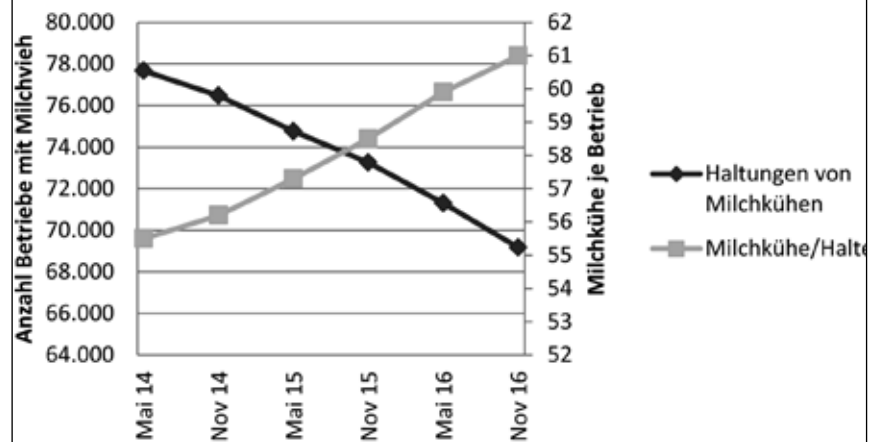
Strukturbruch in Zahlen

Mitte 2014 setzte der starke Preisverfall für Milch und Schweinefleisch ein und hielt zwei Jahre lang bzw. bei der Milch letztlich bis heute an. Zwischen Mai 2014 und November 2016 haben deutschlandweit 8.495 Milchviehbetriebe aufgegeben (-11 Prozent). Es gibt in Deutschland nur noch knapp 70.000 Milchviehhalter. Der Kuhbestand pro Betrieb ist in den zweieinhalb Jahren von 55,5 auf 61 gestiegen (+10 %). Bei den Schweinehaltern haben 2.700 Betriebe aufgegeben (-10 Prozent), wobei der Rückgang bei den Sauenhaltern (-17 Prozent) besonders groß ist; es gibt nur noch 8.800 Sauenhalter und 20.500 Mastschweinehalter.

„Der Verlust an wirtschaftenden Betrieben ist dramatisch. Dieser Strukturbruch war absehbar, weil Bundesregierung und Milch- und Schlachtindustrie nichts unternommen haben, um das Preistief möglichst schnell und dauerhaft zu beenden“, kommentiert der Abl-Vorsitzende Martin Schulz.

Die Bundesregierung lasse die Betriebe auch mit der gesellschaftlichen Kritik allein. Das führe neben den Verlusten zu Verunsicherung, Frust und einem Abwenden der potenziellen Hofnachfolger. „Für eine tier- und umweltgerechte bäuerliche Tierhaltung brauchen wir aber mehr Betriebe und mehr Menschen in der Landwirtschaft und nicht weniger“, mahnt Schulz. *uj*

Milchviehbetriebe in DE 2014-2016



Verlorene Akzeptanz wiedergewinnen

Landesbauernverband stellt Initiative Offensive Nachhaltigkeit vor

Das Signal ist klar: „Wir haben verstanden“ will die Initiative Offensive Nachhaltigkeit des Westfälisch Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV), also einem der beiden Landesbauernverbände in NRW, der Gesellschaft mitteilen. In einem zeitlichen Horizont von über zehn Jahren sollen drei Viertel der Bauern und Bäuerinnen konkrete Änderungen umgesetzt haben, die der WLV in einem einjährigen Prozess formuliert hat. Nun werden die Mitglieder auf den regionalen Versammlungen damit konfrontiert und sollen, wie auch die Gesellschaft, gewonnen werden. Das sei eine Herausforderung, aber die müsse man bewältigen, konstatierte WLV-Vizepräsident Henner Braach, der die erarbeiteten Anforderungen auf einer Pressekonferenz vorstellte: Schweine mit Ringelschwänzen, Sauen in Gruppenhaltung, Kühe auf der Weide, weniger Antibiotika, keine tragende Rinder auf der Schlachtbank. Bis spätestens 2030 sollen so die derzeit auf am meisten Wi-

derstand in der Gesellschaft stoßenden Entwicklungen in der Tierhaltung geändert sein. Ebenso soll sich der Pestizideinsatz endlich am integrierten Pflanzenschutz messen lassen müssen. Konkret sollen mehr Umweltschutz- und Fruchtfolgemaßnahmen in den Ackerbau eingebracht werden. Erstaunlich sind die Äußerungen von dem WLV-Präsidenten und CDU-Abgeordneten Johannes Röring. Dieser hatte vor kurzem noch kämpferisch seine Art der Tierhaltung auf Höhe der gesetzlichen Mindeststandards verteidigt, nachdem ein illegal bei ihm im Stall gedrehtes Video schlechte Haltungsbedingungen anprangerte. In der jetzigen Pressekonferenz wolle er nicht darauf eingehen, ob verbale Entgleisungen und nächtliche Stalleinbrüche adäquate Mittel in der Auseinandersetzung seien, ob die in diesem Zusammenhang veröffentlichte Meinung tatsächlich mit der öffentlichen Meinung übereinstimme oder ob Kritik an der Landwirtschaft für manche Organisationen

vor allem darauf abzielte, Spenden zu generieren. „Stattdessen will ich betonen, dass die Kritik an einzelnen Produktionsverfahren in der Landwirtschaft meines Erachtens in der Tiefe etwas spiegelt, was mich persönlich und den Bauernverband fundamental herausfordert. Ich meine den tiefgreifenden Wertewandel in unserer Gesellschaft, der die Basis ist für deutlich gestiegene Ansprüche an die Produktionsweisen in der heutigen Landwirtschaft. Der zentrale Vorwurf an uns lautet im Kern: Ihr Bauern geht rücksichtslos um mit Mensch, Tier und Natur!“ Damit habe man sich ein Jahr lang intensiv auseinandergesetzt, so Röring: „Und dabei sind wir zu der Erkenntnis gelangt, dass wir uns als Landwirtschaft in der Tat in manchen Punkten ändern müssen. Wir müssen dies, weil wir aktuell die Akzeptanz in Teilen der Gesellschaft für unsere moderne Landwirtschaft verloren haben und dadurch die Existenz vieler Betriebe gefährdet ist. ... weil wir als Be-

rufsstand durch unsere Art und Weise der landwirtschaftlichen Erzeugung dazu beitragen, dass Boden, Wasser, Luft und Tiere sowie Elemente der Kulturlandschaft geschädigt werden. ... weil unser bisheriges Wachstum sowohl betrieblich als auch in den Familien an Grenzen stößt.“ Die Abl begrüßte die Initiative des WLV, als einen großen Schritt auf die Gesellschaft, mit ihrem fest verankerten Wunsch nach einer tier- und umweltgerechten bäuerlichen Landwirtschaft, zu. Gleichzeitig kritisierte die Abl aber zwei wesentliche Punkte: Bisher führe der WLV keine Auseinandersetzung über die rechtlichen Rahmenbedingungen, die oft Veränderungen in der Landwirtschaft entgegen stehen. Auch werde die bessere Erlöse verhindernde, schwache Marktposition der Bauern und Bäuerinnen gegenüber ihren vermeintlichen Partnern in Verarbeitung und Handel in keiner Weise thematisiert.

Behördliche Verordnung nicht missbrauchen!

Bundesgerichtshof muss über den neuesten Trick der STV urteilen

Gleich im neuen Jahr wird es noch einmal spannend in Sachen Nachbaugebühren. Am 19. Januar muss sich erneut das höchste deutsche Gericht, der Bundesgerichtshof (BGH) mit einem Aspekt befassen, der übers vergangene Jahr mehrmals vor regionalen Gerichten verhandelt wurde. Es ist ein neuer Versuch der Pflanzenzüchter, frühere höchstrichterliche Urteile zu unterlaufen. So hatte der Europäische Gerichtshof schon vor Jahren geurteilt, dass Aufbereiter, die im Auftrag von Bauern und Bäuerinnen deren Nachbaugetreide aufbereiten, zwar den Sortennamen an die im Auftrag der Pflanzenzüchter Informationen einfordernde Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) weitergeben müssen – aber nur, wenn sie ihn auch wissen. Und er hat weiter ausgeführt, dass es keine Verpflichtung für Bauern und Bäuerinnen gibt, den Aufbereitern den Sortennamen zu nennen. Die STV kann aber Nachbaugebühren nur einfordern – so eine andere gerichtliche Entscheidung – wenn sie eine qualifizierte Nachfrage stellt, also über Rechnungen von Aufbereitern Bauern und Bäuerinnen direkt auf in ihrem Betrieb verwendete Sorten anspricht. Das wiederum geht nur, wenn in den Rechnungen der Aufbereiter Sortennamen auftauchen. So schließt sich der Kreis und das große Interesse der STV und damit der Pflanzenzüchter an der verpflichtenden Erfassung der Sortennamen durch die Aufbereiter wird deutlich. Nur deshalb nämlich begann die STV eine gerichtliche Auseinandersetzung um die Frage, ob die Aufbereiter mittels der Saatgutaufzeichnungsverordnung zu verpflichten sind, Sortennamen zu erfassen. Sie begründete ihre Klage gegen eine Raiffeisengenossenschaft damit, dass die Nichtaufzeichnung der Sortennamen dem Verbraucherschutz zuwiderlaufe. Zudem stelle es eine Wettbewerbsverzerrung, wenn Bauern und Bäuerinnen sich aussuchen könnten, ob sie zu Sortennamen aufzeichnenden oder nicht aufzeichnenden Aufbereitern gingen.

Zweckentfremdung

Die Saatgutaufzeichnungsverordnung ist nun aber eine Verordnung, die aus ganz anderen Gründen existiert. Sie dient behördlicher Überwachung im Sinne des Verbrau-

cherschutzes. Im Zusammenhang mit zertifiziertem Saatgut soll eine Aufzeichnung von Eigenschaften – wie auch der Sortenname – sicherstellen, dass beim Handel des Saatgutes eventuelle Schadensersatzforderungen bei Qualitätsmängeln, die ja offensichtlich bei Saatgut erst im Nachhinein sichtbar werden, gestellt werden können. Auf Nachbau ist die Saatgutaufzeichnungsverordnung schon allein deshalb nicht anzuwenden, so die Argumentation der die Raiffeisengenossenschaft vertretenden Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN), weil hier ja gar nichts gehandelt werde. Es ist sozusagen das persönliche Pech des Bauern, wenn sein Nachbaugetreide beispielsweise im nächsten Jahr nur lückig aufläuft, er wird jedenfalls niemanden dafür in Regress nehmen können als sich selbst. Von daher gibt es auch keinen Grund einer behördlichen Überwachung des Nachbaus.

Gang durch Instanzen

Das zuerst angerufene Landgericht Mannheim sah das allerdings nicht so. Erst das nächstinstanzliche Oberlandesgericht in Karlsruhe wies die Klage der STV ab. Seine Begründung: es handelt sich bei der Saatgutaufzeichnungsverordnung nicht um eine gesetzliche Vorschrift, die auch dazu bestimmt ist, im Interesse der Marktteilnehmer das Marktverhalten zu regeln. Oder anders gesagt: Die STV darf die Saat-

gutaufzeichnungsverordnung nicht dazu benutzen, vermeintliche Wettbewerbsnachteile auszugleichen, sie darf sie einfach gar nicht benutzen. Denn, so führte das OLG Karlsruhe weiter aus, die Saatgutaufzeichnungsverordnung habe „allein den Zweck behördliche Überwachung von gewerblichen oder sonstigen beruflichen Tätigkeiten zu ermöglichen oder zu erleichtern“. Das OLG ließ keine Berufung vor dem BGH zu, die STV erreichte sie dennoch durch eine entsprechende Beschwerde. Während der Beschwerdeprüfung wurde vor dem Oberlandesgericht in Hamm ein ähnlich gelagerter Fall verhandelt. Am Ende zog die STV die Klage zurück, dies aber auf ausdrücklichen Hinweis des vorsitzenden Richters. Der riet den STV-Anwälten, es könne wohl nicht im Sinne des Klägers sein, wenn es hier zu einem schriftlich niedergelegten Urteil komme, solange das BGH-Verfahren noch offen sei. Denn sehr wohl ließ sich der vorsitzende Richter mündlich inhaltlich zur Sache aus. Der Richter sah gar kein Wettbewerbsverhältnis zwischen den von der STV vertretenen Pflanzenzüchtern, die ausschließlich lizenziertes Saatgut vertrieben und eben gerade nicht mit der Aufbereitung von Erntegut befasst seien, und der Raiffeisengenossenschaft, die bäuerlichen Nachbau aufbereite. Also selbst wenn man – was das OLG Hamm nicht tue – zu dem Schluss käme, die Saatgutaufzeichnungsverordnung sei zur Marktverhaltensregelung anwendbar, gebe es das zu regelnde Konkurrenzverhältnis gar nicht, so der Hammer Richter. Hinzu kommt für ihn, dass der Nachbau, um den es ja der STV eigentlich gehe, längst stattgefunden habe, bevor sich der Bauer oder die Bäuerin unter Umständen für den wettbewerbsmäßig Vorteile bietenden Aufbereiter, der den Sortennamen nicht erfasst, entscheide. Der Hammer Richter teilte aber auch und vor allem die Auffassung des OLG Karlsruhe, dass es sich bei der Saatgutaufzeichnungsverordnung allein um eine behördliche Vorschrift zur Überwachung handele, nicht um eine Wettbewerbsregelung. Nun darf man gespannt sein, wie der BGH die Sache sieht, dabei sollten ihn Bauern und Bäuerinnen nicht alleine lassen und Mitte Januar zur Verhandlung nach Karlsruhe kommen.



Keine Patente auf Leben

Anfang November hat die EU-Kommission klar gestellt, dass sie Pflanzen und Tiere aus „im Wesentlichen biologischen Verfahren“ zur Züchtung für nicht patentierbar hält. „Das ist ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft, die seit vielen Jahren gegen Patente auf Pflanzen und Tiere kämpft“, kommentierte Christoph Then von der internationalen Koalition „Keine Patente auf Saatgut“, die auch von der Abl unterstützt wird. Allerdings ist die Stellungnahme der Kommission noch nicht bindend, und es sind weitere Definitionen notwendig, um die Verbote rechtlich wirksam zu machen. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) ist aufgefordert, einen Vorstoß im Verwaltungsrat zu machen, um die Auslegungsverordnung des Europäischen Patentübereinkommens entsprechend zu ändern. Neben einer klaren Definition von „im Wesentlichen biologischen Verfahren“ muss auch gewährleistet werden, dass die Patentierungsverbote nicht durch gezielte Formulierungen in den Ansprüchen umgangen werden können. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt (CSU) hat sich indessen positioniert und fordert „Keine Patente auf Pflanzen und Tiere, die aus natürlichen Züchtungsverfahren hervorgegangen sind.“ av



BGH: Versammlungsort für Bauern am Jahresanfang

Foto: BGH

Bäuerliche Agrarpolitik – gesellschaftlich akzeptiert

Die Abl diskutiert auf ihrer Mitgliederversammlung über die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft

Perspektiven für die nächsten Generationen: Weichen auf eine gesellschaftlich akzeptierte bäuerliche Landwirtschaft und Agrarpolitik stellen“, so der etwas sperrige Titel der Abenddiskussion auf der diesjährigen Agrarpolitischen Tagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Dass es ein spannender Abend werden würde, ließ auch das prominent besetzte Podium erwarten. Neben den beiden Abl-Bundesvorsitzenden Gertraud Gafus und Martin Schulz waren der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer, der Top-Agrar-Chefredakteur Dr. Ludger Schulze Pals und Fritz Schroth von der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern gekommen, um sich, moderiert von Abl-Bundesgeschäftsführer Ulrich Jasper, den aktuellen Fragen der Landwirtschaftspolitik zu stellen.

Angesprochen auf die aktuelle Situation hebt Christian Meyer die Sonderrolle Niedersachsens hervor: „Niedersachsen ist ein Land, das sich als Vorreiter des Wachstums oder Weichens hervorgetan hat“, so der niedersächsische Landwirtschaftsminister. Jetzt, das wird schnell deutlich, möchte er Niedersachsen zum Vorreiter beim Umbau der Tierhaltung machen. Der Weg zum „Agrarwendeland“ führt über den Ausstieg aus dem Schnabelkürzen, eine Förderung des Grünlands und insbesondere eine Förderung der Weidehaltung sowie die Absicht, auch jungen Landwirten und neuen Betrieben eine Möglichkeit zum Einstieg in die Landwirtschaft zu ermöglichen. Mit einem Bodenmarktstrukturgesetz will Meyer Landgrabbing von großen außerlandwirtschaftlichen Unternehmen und Investoren verhindern. Unter der Überschrift: „Strategie für eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung“ fasste Meyer selbst seine Arbeit zusammen.

Nachdenklichkeit

Die Stimmung der Landwirte und potentiellen Leser ist auch für Top Agrar mit einer Auflage von knapp 110.000 Exemplaren ein wichtiger Gradmesser. Nach seiner aktuellen Einschätzung befragt, berichtet Dr. Schulze Pals: „Vor allem sind die Landwirte, natürlich insbesondere die Milchbauern, erleichtert über das vorläufige Ende der ärgsten Preiskrise.“ Die Landwirte seien nachdenklich, suchten nach Lösungen, vielleicht auch neuen Strukturen, die der-

artige Krisen in Zukunft verhindern könnten. Dieses Suchen, so ist sich Schulze Pals sicher, werde jedoch schnell beiseite geschoben, sobald die Preise anziehen. Nicht beiseite zu schieben sein dürfte hingegen die Strukturkrise, sowohl beim Einkommen als auch am Markt, die der Chefredakteur wahrnimmt. Hier gelte es, die politischen Weichen von Deutschland aus neu zu stellen. Schulze Pals schreibt der Bundesrepublik eine Leitfunktion im Hinblick auf die Ausgestaltung der Agrarreform 2020 zu. Mit dem Ausstieg der Briten aus der EU verliere diese einen Nettozahler – weniger Geld bei gleichzeitig mehr Begehrlichkeiten. So gebe es eine breite gesellschaftliche



Die Teilnehmer der Diskussion: v.l. Gertraud Gafus, Ulrich Jasper, Fritz Schroth, Christian Meyer, Martin Schulz und Ludger Schulze-Pals
Foto: Weißenberg

Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft, deren weiterer Verlauf auch von der Bundestagswahl 2017 maßgeblich beeinflusst werde.

Stilles Verschwinden

Weg vom Markt hin zu den Menschen und zu Gott führt Fritz Schroth das Auditorium. „Geistige Wahrheit ist für schöpferisches Handeln notwendig. Bauern brauchen Verbündete.“ Und die finden sie auch im Glauben, ganz direkt aber auch beim kirchlichen Bauernnotruf. Schroth berichtet von einer „Lautlosigkeit“ auf dem Land. Ein lautloses Verschwinden von Betrieben, von Strukturen, von sozialen Verbindungen bis hin zum lautlosen Selbstmord. Bauern seien in ihren Dörfern Fremdkörper geworden, die oft nicht mehr verstanden würden, so der Theologe und stellt fest: „Keine Größe rettet einen Hof, sondern wir brauchen einen anderen gesellschaftlichen Umgang.“

Die Bundesvorsitzende der Abl Gertraud Gafus beschreibt einleitend die Situation bei ihr im Berchtesgadener Land mit auch kleinen Betrieben mit acht bis zehn Kühen und einer gut etablierten Molkerei. „Wir haben noch Nachbarn, die auch Bauern sind.“ Und trotzdem sei der Zusammenhalt, die Solidarität verloren gegangen. Neben der finanziellen Krise werde eben der Nachbar als der wahrgenommen, der dem eigenen Wachstum im Wege stehe. Die Bundesvorsitzende fordert von den Betriebsleitern, nicht einfach mitzuschwimmen, sondern kritisch zu hinterfragen und richtig zu rechnen. Bäuerliche Werte, die Freude am eigenen Tun und aus Überzeugung Bäuerin oder

Bauer zu sein, sind ihr wichtig. Martin Schulz ist eng verbunden mit Neuland-Fleisch, einer Erfolgsgeschichte, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen. Neuland, das Markenfleischprogramm für eine besonders artgerechte Tierhaltung, wurde vor 28 Jahren gegründet und hat sich besonders auf die Zusammenarbeit mit Fleischerfachgeschäften konzentriert. Ein große Hürde gebe es, so Schulz, das Segment des Lebensmitteleinzelhandels zu erschließen. Neben den Entwicklungen in der Landwirtschaft haben sich auch die nachgelagerten Strukturen verändert. Aber, so stellt Schulz fest, viele der von ihnen belieferten Fleischerfachgeschäfte hätten überlebt, weil sie auf Neuland-Fleisch umgestellt hätten. Eigentlich, so der Abl-Bundesvorsitzende, sei die Wertschöpfung im Fleischbereich nicht schlecht. Die bäuerlichen Betriebe seien aber besonders von der ungerechten Verteilung innerhalb der Kette betrof-

fen. Bei Neuland hingegen verstehe man sich als ein System von Bauern, Vermarktern und Fleischern.

Dass der Umbau der Tierhaltung eine zentrale Aufgabe ist, das hatte sich schon in der ersten Runde auf dem Podium herauskristallisiert. Christian Meyer konkretisierte jetzt, gefragt nach dem Wie, die seiner Ansicht nach weiteren notwendigen Schritte. Für den Minister ist klar, dass der Prozess im laufenden Betrieb stattfinden muss. Für die Landwirte brauche es klare Rahmenbedingungen, aber auch mehr Geld, um die steigenden Anforderungen zu finanzieren. Als Zahlen nannte Meyer die ein bis drei Milliarden Euro jährlich, die auch der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik in seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ nennt. Finanzieren könnte man den Umbau durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bei Fleisch auf 19 Prozent, Tierschutzabgaben sowie eine Umverteilung der EU-Agrarsubventionen. Gerne würde Meyer die Möglichkeit nutzen, national mehr Geld für die ersten 45 Hektare zu zahlen. Auch einen Ausbau der Förderung der Weidehaltung sprach der Minister an und verwies gleichzeitig auf die landeseigenen Förderungen für Schweine mit intakten Ringelschwänzen von 16,50 Euro pro Tier. Damit die Mehrwerte auch dem Verbraucher dargestellt werden können, müsste der Handel zu einer Pflichtkennzeichnung, ähnlich der bei Eiern, bewegt werden. Mehr Transparenz wünscht sich Meyer auch für die Herkunftsbezeichnung und nicht zuletzt für den Anteil des Bauern: „Wir schreiben auf jedes Produkt drauf, was der Landwirt bekommen hat“, so sein Wunsch.

Konkrete Vorgaben

Dass neben der Tierhaltung an sich auch die Absatzmärkte von einem derartigen Umbau betroffen wären, betonte Schulze Pals. Es gehe darum, sich zukünftig auf Qualitätsmärkte auszurichten. Prinzipiell sieht auch er die Notwendigkeit eines Umbaus der Tierhaltung: „Gemeinsame Ziele sind schnell gefunden.“ Eine zukünftige Nutztierstrategie müsse konkrete Vorgaben in Bezug auf die Bestandsgrößen, die Umbaudauer und das Umbauziel machen. Die Ergebnisse des Kompetenzkreises Tierschutz des Bundeslandwirtschaftsministeriums bezeichnete

Fortsetzung Seite 17

Forderungen für eine junge Landwirtschaft

Zukunftsfähige Gestaltung der europäischen Agrarpolitik für Jungbäuerinnen und -bauern

Auf der Herbsttagung der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) beschäftigten wir uns intensiv mit der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP).

Neben einer Einführung in das Thema, zur Struktur und Entstehung der derzeitigen GAP, diskutierten wir auch zwei aktuelle Vorschläge für den nächsten Reformprozess: das AbL-eigene Konzept mit bäuerlich-ökologischen Kriterien, vorgestellt von Gertraud Gafus, und das Kriseninstrument des Kasseler

Innen waren sich darin einig, dass einiges an den beiden Alternativansätzen eine Verbesserung zum Ist-Zustand darstellen würde. Der Vorschlag des Kasseler Instituts wurde als ein Mittel verstanden, das im Krisenfall die Situation für Bauern und Bäuerinnen entspannen kann und etwas Handlungsspielraum zurückgeben könnte. Allerdings ist hierin keine Steuerung bezüglich der Art der Landwirtschaft enthalten. Dahingegen bietet das Konzept der AbL einige Möglichkeiten, gezielt und

nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip erfolgt, sondern gezielt dort unterstützt, wo im aktuellen System bäuerlich gewirtschaftet wird. Dass in jedem Falle eine Abhängigkeit von politischen Entscheidungsträgern vorhanden ist, darf dabei nicht übersehen werden. Politische Kontinuität ist selten gegeben. Daher ist es notwendig, parallel zu den Überlegungen bezüglich staatlicher Unterstützung das Bewusstsein in der Gesellschaft für eine bäuerliche und zukunftsfähige Landwirtschaft zu entwickeln und zu verbreiten. Dies kann ein Ansatz sein, den Lebensmitteln ihren eigentlichen Wert wiederzugeben. Im Moment sind zweierlei Punkte notwendig: Bewusstsein in der Gesellschaft für unsere Arbeit und Bedürfnisse als Bäuerinnen und Bauern schaffen und eine staatliche Förderpolitik vorantreiben, die vor allem diejenigen unterstützt, die mit ihrer Arbeit gesellschaftliche Leistungen erbringen und im kapitalistischen Wirtschaftssystem durch Diversität und Kleinstrukturiertheit besonders benachteiligt sind. Diesbezüglich sprachen sich die anwesenden jungen Menschen für das AbL-Konzept aus.

und Prozessbegleitung für Hofübergabeprozesse finanziell unterstützen, Niederlassungsprämie als Startkapital an Bäuerinnen und Bauern auszahlen, die sich dafür entscheiden, einen Betrieb zu gründen oder weiterzuführen (dies ist in anderen EU-Ländern, zum Beispiel in Frankreich, schon umgesetzt und liegt im Rahmen des Handlungsspielraums Deutschlands, zum Beispiel zur GAP-Halbzeitreform 2017), Investitionsförderung für Alttechnik sowie Förderung von jungen landwirtschaftlichen VerarbeiterInnen im ländlichen Raum.

Unser Vorhaben ist es, an diesen ersten formulierten Forderungen weiterzuarbeiten und uns damit aktiv am gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu beteiligen. Es ist uns ein Anliegen, die politischen Rahmenbedingungen dahingehend mitzugestalten, dass wieder mehr junge Menschen den Schritt in die praktische Landwirtschaft wagen und mit dem Erhalt oder dem Schaffen von bäuerlichen Betrieben ihre Vorstellung von Landwirtschaft leben können.

Mareike Artlich, Elisabeth Fresen, junge AbL



Reformvorschlägen und eigenen Forderungen für die EU Agrarpolitik Foto: Weißenberg

Instituts für ländliche Entwicklung, vorgestellt von Frieder Thomas. Letzteres soll im zurzeit vorhandenen, stark liberalisierten, schwankenden Markt Preiskrisen abpuffern und so bäuerliche Existenzen sichern. Der wichtigste Aspekt des AbL-Vorschlags ist ein ausgeklügeltes Punktesystem, mit dem bei der Verteilung von Betriebsprämien aus der ersten Säule der GAP bäuerlich-ökologische Kriterien honoriert werden. Die veränderbaren Kriterien können etwa kleine Schlaggrößen, eine flächengebundene Tierhaltung und mehrgliedrige Fruchtfolgen sein. Bauernhöfen mit relativ wenig Fläche wird ein Vorteil gegenüber größeren Strukturen verschafft.

Die diskutierenden jungen AbLer-

entsprechend der jeweiligen aktuellen Prioritäten zu fördern. Eine Kombination der Qualitäten beider Werkzeuge bliebe zu überlegen.

Abhängigkeiten hinterfragen

Weiter wurde die Frage diskutiert, inwieweit eine bäuerliche Unabhängigkeit in einem staatlichen Fördersystem überhaupt gewährleistet ist. Im Prinzip ist es jeder Bäuerin und jedem Bauern, abgesehen von Ge- und Verboten, freigestellt, wie der Betrieb gestaltet und entwickelt wird. Eingeschränkt wird diese Freiheit durch Sachzwänge, allen voran ökonomischer Natur. Abhilfe könnte eine Förderpolitik schaffen, welche den Druck zur Kostenminimierung senkt, indem die Verteilung der Fördergelder

Junge Bäuerlichkeit fördern

Weitergehend formulierte die junge AbL im Rahmen der Tagung folgende Forderungen für eine zukunftsfähige und junge Landwirtschaft, die sich, wenn wir bei Begriffen und Struktur der aktuellen Förderpolitik bleiben, auf die zweite Säule beziehen und das AbL-Konzept ergänzen können: Beratung

Wir danken allen Teilnehmenden und Vortragenden für ihre rege Beteiligung. An dieser Stelle möchten wir uns außerdem noch einmal ausdrücklich für die finanzielle Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des FaNaL e. V., der Zukunftsstiftung Landwirtschaft sowie der Ländlichen Erwachsenenbildung Niedersachsen bedanken.



Auf der diesjährigen AbL-Bundesmitgliederversammlung verabschiedeten die Mitglieder eine neue Satzung, die u. a. nach Einführung eines Beirats als zusätzliches Beratungsgremium nötig geworden war, und wählten einen neuen Bundesvorstand: (v.l.) Claudia Schievelbein, Jan Wittenberg, Martin Schulz, Elisabeth Fresen, Elisabeth Waizenegger, Sarah Ziegenhorn, Katharina Besier, Reiko Wöllert und Phillip Brändle

Foto: Nürnberger

Fortsetzung von Seite 16

Schulze Pals als einen ersten Aufschlag.

Nach diesem weiten Bogen über die zukünftige Ausrichtung der gesamten Branche, Märkte, Finanzierungen, politische Fallstricke und den Verlust von weit über 50 Prozent aller Betriebe in den vergangenen 30 Jahren aufgrund des von

Bauernverband, Industrie und auch der Politik vorangetriebenen Mottos „Wachsen oder Weichen“ lenkte die AbL-Bundesvorsitzende den Blick zurück auf die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und ermutigte zum Abschluss: „Wir müssen uns trauen, uns treu zu bleiben, auch wenn wir nicht von allen Bauern Beifall bekommen.“

mm

Ernährungssouveränität

Für Veränderung, Vielfalt und Solidarität in unserer Landwirtschaft

Gericht entscheidet für GMO auf Hawaii

Im Oktober 2014 stimmten die Bewohner der US Staates Hawaii für ein Moratorium für den Anbau von GMOs bis zum Abschluß einer umfassenden, von der Agrarchemieindustrie zu finanzierende Gesundheits- und Umweltstudie. Firmen wie Monsanto, Syngenta und Dow AgroScience nutzen seit vielen Jahren die Fruchtbarkeit der Böden, das milde Klima und die Abgeschiedenheit von Hawaii um nicht nur GM Saatgut zu produzieren, sondern auch um neue Sorten wie z.B. GM Zuckerrohr zu entwickeln. Die Inselbewohner bekommen die Auswirkungen zu spüren: Umweltexperten sagen, es würden nicht nur große Mengen von Pestiziden eingesetzt, sondern die Agrarchemie teste auch neue Kombinationen von Chemikalien, deren Wirkung auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt bislang völlig ungeklärt seine. Die Agrarchemiefirmen klagten gegen die per Volksentscheid beschlossenen Einschränkungen und Auflagen und bekamen jetzt vor dem Appellationsgericht Recht: Hawaii verfüge über Gesetze, die den Einsatz von Pestiziden einheitlich für den gesamten Staat regeln, es bedürfe keiner zusätzlichen Regularien für bestimmte Landkreise. *ml*

GV-Mais Anbauzulassungen

Nach wie vor diskutieren die EU-Mitgliedstaaten über die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Anbauzulassungen von 3 GV-Mais-sorten: MON 810 Wiederzulassung, 1507 von Pioneer und Bt-11 von Syngenta. Eine Abstimmung darüber wird immer wieder verschoben. Das liegt auch daran, dass es viele offene wissenschaftliche, aber auch verfahrensrechtliche Fragen gibt. Die EU-Richtlinien verlangen ausdrücklich, dass innerhalb der Risikobewertung auch die Risiken eines Gen-Austausches zwischen GV-Pflanzen und anderen Pflanzen im Detail zu prüfen sind. Die Antragsteller ignorieren aber das Auftreten von Teosinte, einer Wildverwandten von Mais, obwohl dies spätestens seit 2009 in Spanien aktenkundig ist. Damit seien die Zulassungsanträge fehlerhaft und deshalb zu stoppen, fordert Testbiotech. Wie sich die Bundesregierung bei der EU-Abstimmung verhalten wird, sei noch nicht entschieden, betont das Bundeslandwirtschaftsministerium. Ein Vertreter erläuterte, dass es seiner Meinung nach schwierig sei, gegen die europaweite Anbauzulassung zu stimmen. Denn im Anbauzulassungsantrag würde ja Deutschland vom Anbau mittels der neuen opt/out-Regelung ausgeschlossen. Man könnte aber auch gegenteilig argumentieren und sagen, dass es nur konsequent sei einen europaweiten Anbau zu verhindern, wenn man sich in Deutschland gegen den Anbau der 3 Sorten ausgesprochen hat. Alles andere schafft einen europäischen Flickenteppich und ist den Bauern und Bürgern nicht zu vermitteln. *av*

Höhere Erträge durch Gentechnik?

Versprochen mit der Einführung des Gentechnik-Anbaus v.a. in Nord- und Südamerika wurden höhere Erträge und eine Verringerung des Pestizideinsatzes. Jetzt, zwei Jahrzehnte später fällt eine Bilanz der New York Times negativ aus. So zeigt ein Vergleich der Raps-Ertragsentwicklung zwischen Nordamerika (USA und Kanada) und Westeuropa (Frankreich und Deutschland), dass sowohl in Europa (ohne Gentechnik) als auch Amerika (mit Gentechnik-Sorten) die Erträge gestiegen sind. Die Erträge in Westeuropa lagen und liegen generell höher, das ist sorten- und klimabedingt. Interessant ist, dass auch die Ertragssteigerungen in den Ländern, die auf GVO setzen keinesfalls höher sind, als in Europa, welches auf den gentechnikfreien Ackerbau gesetzt haben. Michael Owen, Unkrautwissenschaftler von der Iowa State University kommentierte: während die Industrie seit langem sage, dass GVO's die Welt retten würden, habe sie noch lange nicht das mythische Ertrags-Gen gefunden. *av*

Auf dem Nyéleni-Forum in Cluj, Rumänien, versammelten sich vom 25. bis 31. Oktober 2016 über 500 Bäuerinnen, Bauern, Gärtnerinnen, Gärtner und Aktive aus Konsum-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen. Angereist sind sie aus über 40 Ländern Europas, Zentralasiens und dem Mittleren Osten. In Plena oder Kleingruppen diskutierten sie und tauschten sich aus, wie ein anderes Landwirtschafts- und Ernährungssystem weltweit, in Europa, aber auch national und regional, vorangetrieben werden kann.

Unter den Teilnehmenden waren auch wir, eine bunte Mischung von Menschen aus Deutschland: 36 Personen, von denen zwei Drittel Frauen, zwei Drittel unter 35 Jahren und ein Drittel Erzeuger*innen waren. Unter ihnen auch sieben AbL- bzw. jAbL-Mitglieder. Wir diskutierten lebendig mit Hilfe ehrenamtlicher Übersetzer*innen aus ganz Europa in neun Sprachen, wie wir die Bewegung für das Recht auf Ernährungssouveränität weiter stärken können. Denn „alle Menschen und Gemeinschaften haben das Recht, selbst zu bestimmen, wie sie sich ernähren wollen. Das umfasst Anbaumethoden, Arbeitsbedingungen sowie den Zugang zu natürlichen Ressourcen weltweit. Dafür muss sich die Zivilgesellschaft zusammentun und die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen einfordern“, so Paula Gioia (AbL). Zwischenergebnis unserer Diskussionen waren die folgenden Arbeitsgruppen zu sechs Themenfeldern, Kampagnen- und Aktions-schwerpunkten: Zugang zu Land; Wasser und Boden; Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, Migrantinnen und Migranten; bäuerliche Agrarökologie und Saatgut; Alternative Handelssysteme und Macht globaler Konzerne sowie regionale Lebensmittelverteilung; Gemeinsame Ernährungs- und Agrarpolitik.

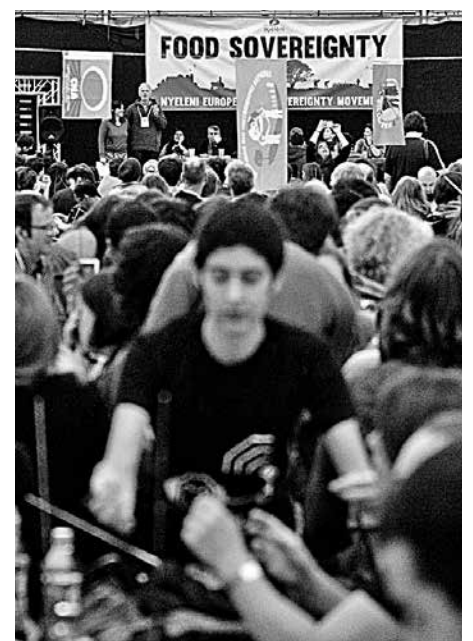
Wie jedoch erreichen wir die breite Masse der Zivilgesellschaft, um die Bedeutung dieser Themen zu verdeutlichen und somit Veränderungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu erwirken? Denn obwohl wir uns bei der Konferenz alle einig waren, dass es Neuordnungen auf beiden Ebenen bedarf, um unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem an die Bedürfnisse aller Menschen und der Natur auf lange Sicht anzupassen, so tasten wir uns nur langsam an das „Wie“ heran. Eine erste Strategie ist es, verschiedene Bewusstseins-schaffende und öffentlichkeitswirksame Aktionen in Deutschland durchzuführen, um auf die Problematiken im jetzigen Landwirtschaftssystem aufmerksam zu machen. Konkrete Beispiele dafür sind z. B. Filme, in denen junge und alte Bauern und Bäuerinnen über ihre persönliche

Geschichte des Hofübernahmeprozesses berichten.

Eine weitere Idee ist, das die Bäuerlichkeit ausmachende Wissen aus Deutschland, aber auch aus Europa, auf einer Agrarökologie-Plattform im Internet zu sammeln und damit für Interessierte zugänglich zu machen. Wissensaustausch in diesem Feld wird aus verschiedenen Gründen als substantiell angesehen, denn anders als in Deutschland gibt es in vielen Ländern keine staatlich anerkannte landwirtschaftliche Ausbildung. Agrarindustrielle Strukturen in der Landwirtschaft bringen zudem oftmals mit sich, dass das Wissen einer nachhaltigeren und generationenverantwortlichen Landwirtschaft verloren geht. Darüber hinaus würde „neues“ Wissen von experimentierfreudigen Praktikern und der Wissenschaft, wie z. B. neu gewonnene agrarökologische Erkenntnisse und innovative Anbaupraktiken, darin auch seinen Platz finden.

Vom Nyéleni-Forum haben wir jedoch nicht nur konkrete Ideen für Aktionen mit nach Deutschland gebracht. Vielmehr haben unsere Erfahrungen in uns das Bewusstsein gestärkt, dass ein Austausch mit so vielen unterschiedlichen Menschen, die häufig mit sehr ähnlichen Problemen konfrontiert sind, bereits eine Vielzahl an Denkanstößen oder auch Lösungsansätzen liefern kann. Sehr deutlich wurde: Gemeinsamkeit ist unsere Stärke! Aus diesem Grund geht die Nyéleni-Bewegung in Deutschland weiter. Interessierte sind herzlich zum Treffen in Berlin am 22. Januar, dem Sonntag nach der „Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demo, eingeladen. Anmeldung und Blog zum Forum in Cluj: nyeleni.de.

Anne Emden, Sarah Ziegenhorn,
junge AbL



Eindruck vom Forum

Foto: jAbL

Landwirtschaft und Wasser

AgrarBündnis legt Kritischen Agrarbericht 2017 vor

Landwirtschaft und Wasser – Schlüssel zur Welternährung“, so lautet der Titel der im Januar 2017 stattfindenden Berliner Welternährungskonferenz. Mit der vom Bundeslandwirtschaftsministerium unter anderem „in engem Schulterschluss mit der deutschen Agrar- und Ernährungsindustrie“ veranstalteten Konferenz will Minister Schmidt die Diskussion um das Thema Wasser und Landwirtschaft „anstoßen und Lösungsansätze entwickeln“. Das AgrarBündnis, das an der Konferenz als Mitveranstalter eines Fachpodiums beteiligt ist, braucht diesen Anstoß nicht mehr und auch Lösungsansätze werden dort bereits seit Jahren diskutiert und vertreten. Nachzulesen in dem im Januar erscheinenden Kritischen Agrarbericht 2017,

der dem Themenschwerpunkt „Wasser“ gewidmet ist. Dort wird der Bogen geschlagen von den globalen Facetten des Themas (Nutzungskonflikte/Kriege um Wasser, Zugang zu sauberem Trinkwasser, Umgang mit den Folgen des Klimawandels wie Dürren und Überschwemmungen etc.) bis hin zu regionalen Herausforderungen (z.B. Belastung von Grund- und Oberflächenwasser in Regionen industrieller Nutztierhaltung). Dabei wird deutlich, dass die aktuelle Agrar- aber auch Klimapolitik in Deutschland den Herausforderungen nicht gerecht wird (Beispiel Düngeverordnung oder der Klimaschutzplan). Hier werden Lösungsansätze (wie zum Beispiel der Klimaschutzplan der Zivilgesellschaft) vorgestellt. Den Schwer-

punkt ergänzen unter anderem Beiträge zur Milchkrise, zur Notwendigkeit der Änderungen in der Nutztierhaltung, zu CETA/TTIP oder zu Glyphosat.

FebL



Der kritische Agrarbericht 2017

Erscheint im Januar zur Grünen Woche, 320 Seiten, ISBN 978-3-930413-60-7, 24,- € zu beziehen über den Abl-Verlag

Bodenklimatisch und nach Dünger differenziert

EU will Berücksichtigung der Situation vor Ort im Dünge recht

Wieder einmal ist die EU-Kommission in ihrer Ende Oktober eingereichten Klage gegen Deutschland wegen Verletzung der Nitratrichtlinie deutlich geworden: Sie fordert an wirkungsvollen Punkten verbindliche Regelungen der landwirtschaftlichen Düngepraxis, um den Nitratreintrag in Grund- und Oberflächengewässern aus diesem Bereich zu verringern. Aus den im Jahr 2012 gelieferten Analyse- daten der deutschen Belastungssituation insgesamt ging hervor, dass bundesweit zu viel Nitrat in Gewässern landet. Vergleichende Untersuchungen mit der Nutzung des jeweiligen Wassereinzugsgebiets zeigen, dass Nitratüberschüsse aus der Landwirtschaft infolge des eingesetzten Stickstoffdüngers einen großen Beitrag leisten.

Langwierige Neuregelung

Handlungsbedarf ist also schon seit langem festgestellt. Die damit sogar vertraglich verbundene Verpflichtung zur Anpassung des Aktionsprogramms in Deutschland, sprich des rechtlichen Rahmens und dessen Durchsetzung, verzögert sich seit 2013 durch einen politisch zähen Prozess mit heftigem Hin- und Hergerre – nicht zuletzt um Beschränkungen für sehr intensive Landbewirtschaftung und Nutztierhaltung bzw. Biogasproduktion mit entsprechend hohem Anfall organischer Dünger. Gerade ist der nächste Schritt zur Neufassung der Düngeverordnung wieder von Ende des Jahres auf Anfang 2017 ver-

schohen worden – wegen weiteren Diskussionsbedarfs der Koalitionsparteien und wegen zahlreicher, noch zu bearbeitender öffentlicher Stellungnahmen. Genau dieses lang andauernde Nicht-Handeln ist der erste aufgeführte Klagegrund der EU. Ansonsten geht es um die nicht ausreichende Ausgestaltung der Rechtsvorgaben. Gewählte Herangehensweisen, z. B. zur Nährstoffbilanzierung und zu Sperrfristen bei der Düngerausbringung, seien wissenschaftlich unbegründet und nicht zielführend.

Änderungen ausreichend?

Die Klageschrift der EU-Kommission bezieht sich ausdrücklich auf die derzeit geltende Düngegesetzgebung. Die Frage steht jedoch offen im Raum, ob mit der aktuell geplanten Form der Änderungen Nitratreinträge in oberflächennahes Grundwasser wirksam reduziert werden. Nur dann entstünde Planungssicherheit auf den Höfen und Sanktionen der EU könnten abgewendet werden.

So ist bei der Auswertung der jährlichen einzelbetrieblichen Düngung durch einen rechnerischen Nährstoffvergleich je Hektar nach wie vor ein durchschnittlicher Überschusswert erlaubt. Dieser soll nach einer Übergangszeit um 10 kg Stickstoff (N) auf 50 kg N reduziert werden. In der EU-Klageschrift steht dieses auf einen Einheitswert fokussierte Bilanzierungsverfahren jedoch seitenlang in der Kritik: Ein-

heitswerte würden den unterschiedlichen Zuständen der Gewässer vor Ort und den unterschiedlichen Gegebenheiten der Betriebe nicht gerecht.

Regionale Unterscheidungen gefordert

Jährlich einplanbare nachträgliche Überschüsse seien nicht zielführend: „Dieser Überschuss übersteigt den tatsächlichen Stickstoffbedarf der Pflanzen und bringt daher die Gefahr von Stickstoffeinträgen in Gewässer mit sich. Dies widerspricht dem Grundsatz einer ausgewogenen Düngung.“ Die Kommission fordert dabei ausdrücklich eine differenzierte Gestaltung der Vorgaben, so auch bei den Sperrzeiten zur Ausbringung von Wirtschaftsdüngern. Nur auf diese Weise könnten „bodenklimatische Regionen, Arten von Düngemitteln, Düngerverfahren und andere Umweltfaktoren, wie etwa Gebiete mit erhöhtem Risiko von Auswaschungen oder Oberflächenablauf“ angemessen berücksichtigt werden. Ausdrücklich wird bei Wirtschaftsdüngern, wie Gülle und Festmist, auf die unterschiedlichen Anteile organischen Stickstoffs und die verschiedene Düngewirkung hingewiesen. Von der Bundesregierung bisher gegen eine stärker differenzierte Dünge rechtsgestaltung angeführte „mögliche ‚administrative‘ Probleme oder die angebliche Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen müssen (...) zurückstehen“, so die EU Kommission.

cw



Neue Schläuche Foto: Archiv

Gentechnikfreie Soja aus Brasilien?

Eine Reise durch Regionen mit dem Blick nach Europa

Ist gentechnikfreie Soja aus Brasilien auch in Zukunft noch beziehbar? Um dieser und anderen Fragen nachzugehen, habe ich mich im Oktober, gerade rechtzeitig zur Sojaaussaat, auf den Weg gemacht und zwei große Soja-Anbauregionen in den Bundesstaaten Parana und Mato Grosso besucht. Schon wenige Tage nach der Direktsaat sprießt die Soja durch die Weizen- oder Maisstoppeln. Nach 45 Tagen beginnt die unscheinbare weiße oder lila Blüte. Im Januar wird geerntet.

Wir haben mit Farmern, Lagerhändlern, einer Ölmühle, Saatgutvermehrern und Händlern gesprochen und verschiedene Eindrücke gesammelt. Kurz gesagt: Ja, es ist möglich, weiterhin gentechnikfreie Soja aus Brasilien zu beziehen, es braucht aber auf beiden Seiten des Atlantiks Anstrengungen und Bewegung. Der gentechnikfreie Sojaanbau ist dort in den letzten beiden Jahren zurückgegangen, obwohl hier in Europa die Nachfrage (nach den Marktverunsicherungen 2014) wieder gestiegen ist. Was fehlt, sind vor allem Transparenz und längerfristige Verträge. Selbst Farmer, die aktuell GV-Soja anbauen, würden gerne wieder auf gentechnikfreie Soja umstellen, wenn die Abnahme sichergestellt und das „Premium“ hoch genug ist, um die Mehrkosten für die Trennung der gentechnikfreien Produktion zu decken.

Qualitätssicherung

Die Gentechnikfreiheit bei der Soja sicherzustellen, ist nur ein geringes Problem, darin sind die Brasilianer erprobt. Sie säen früher, trennen bei Ernte, Transport und Lagerung, um die Kontamination zu verringern. Einfacher ist das bei gentechnikfreien Betrieben. Wir haben eine große Genossenschaft besucht, die Maßnahmen ergreift, um 99,99 % Gentechnikfreiheit sicherzustellen. Sie verfolgen die Ware vom Saatgut bis nach Europa.

Markt

Ein Problem ist die Marktkonzentration derjenigen, die gentechnikfreie Ware annehmen oder verarbeiten. Im Süden gibt es eine Sojaölmühle, Imcoca, in der Mitte weitere Verarbeiter wie Caramuru und Selecta, im Norden Amaggi. Zudem nehmen nicht alle Agrarhändler gentechnikfreie Soja auf, weil das entsprechend mehr Kapazitäten verlangt. Deshalb überlegen die Farmer, sich zusammenzuschließen,

eigene Silos zu bauen, sogar Sojamühlen zu betreiben und selber nach Europa zu liefern. In Mato Grosso gibt es hier schon weitreichende Überlegungen. Ein Zusammenschluss der Farmer kann entsprechende Volumina bereitstellen, gibt ihnen aber auch mehr Einfluss beim Aushandeln und Durchsetzen des Premiums.

Saatgut

Bedrohlich ist die Konzentration im Saatgutmarkt. Bei der Soja ist Monsanto mit seinen Unterfirmen marktbeherrschend. Bei den Gentechniksorten wird derzeit vor allem Roundup Ready 2 (Glyphosatresistenz) eingesetzt und vermehrt Intacta (Glyphosatresistenz und Bt-Insektengift). Forschungsfragen und Versuche sind in den letzten Jahren immer mehr auf GVO-Saatgut ausgerichtet worden. Hingegen wird das Angebot an gentechnikfreien Sojasorten immer mehr verknüpft. Vor zwei Jahren hat Monsanto mindestens vier konventionelle Sojasorten vom Markt genommen, obwohl sie gut und ertragsicher waren. Neue Sorten mit konventionellem Züchtungsfortschritt kommen ausschließlich als GVO-Variante auf den Markt. Das macht Farmer sauer. Mehrere haben betont, dass dies einer der Hauptgründe für sie sei, gentechnikfrei anzubauen. Noch gibt es gute konventionelle Sorten, die sich über die Jahre bewährt haben. Wichtig ist, diese zu erhalten.

Deals

Bei Einführung der ersten GV-Sojabohne (RR1, Glyphosatresistenz), haben sich viele Lagerhändler darauf eingelassen, die Sojaernte bei der Anlieferung auf GVO zu untersuchen. Selbst wenn nur wenige Prozentanteile GVO enthalten waren, verlangte Monsanto Lizenzgebühren für die volle Fracht. Zusätzlich hatte Monsanto beim Verkauf des GV-Saatguts einen hohen Preis verlangt. Farmerorganisationen haben gegen diese Doppelleinnahmen des Konzerns geklagt und letztendlich gewonnen. Monsanto muss den Farmern die erhöhten Gebühren zurückzahlen. Um die Auszahlung aber einzugrenzen, lässt Monsanto beim Kauf der aktuellen GV-Sorte Intacta nun die Bauern unterschreiben, dass sie auf Lizenzrückzahlungen von Monsanto verzichten.

Der Spritzmittelverbrauch ist erheblich

und keineswegs wie versprochen durch die GV-Sorten zurückgegangen. Ein Berater erklärte, dass es mindestens zehn glyphosatresistente Unkräuter und Gräser gibt, die relevante Schäden verursachen. Das führt dazu, dass vermehrt andere Spritzmittel eingesetzt werden, auch Paraquat und 2,4 D-Pestizide, die bei uns verboten sind. Bayer und BASF wollen mit neuen GV-Pflanzen auf den Markt, die eine Glufosinat- oder Imidazolinonresistenz haben. Einige Farmer stellen sich durchaus die Frage, wie lange das System der engen Fruchtfolge und des intensiven Spritzmitteleinsatzes noch funktioniert.

Viele der Gebiete, in denen jetzt Soja wächst, waren einst Regenwald oder Cerrado, die artenreichste Savanne der Welt. Abgeholzt wurde zunächst für Viehwirtschaft oder Eukalyptusplantagen. Erst später wurden dort Soja u. a. Exportprodukte angebaut. Zwar gibt es das Regenwaldmoratorium, laut Greenpeace die wirkungsvollste Maßnahme gegen Abholzung. Trotzdem werden im Amazonas und im Cerrado weitere Flächen gerodet, weil vor allem die Nachfrage aus China jährlich um zehn Prozent wächst.

Landfrage

Unerträgliche Zustände gibt es nach wie vor in der Landfrage. Landlose müssen sich unter erheblichen Mühen ihr Recht auf produktives Land erkämpfen. Es kommt nach wie vor zu Verhaftungen und Ermordungen. Andere Gruppen, wie Nachfahren ehemaliger Sklavenarbeiter, haben es noch schwerer, zu erreichen, dass ihnen zumindest für eine Subsistenzwirtschaft

ausreichende Flächen zur Verfügung gestellt werden. Obwohl ihnen die Flächen rechtlich zustehen, wissen Großgrundbesitzer dies zu verhindern. Nach wie vor werden Indigene mit brutaler Gewalt vom Land vertrieben. Außerlandwirtschaftliche Investoren graben auch in Brasilien Land ab. Der Wirtschaftskurs Brasiliens wird sich daran messen lassen müssen, ob die Vernichtung wertvoller ökologischer Gebiete und soziale Armut und Unterdrückung noch weiter zunehmen oder zurückgedrängt werden können.

Viele Brasilianer, die wir getroffen haben, haben eine hohe Meinung von Europäern. Ein Handelsberater sagte, wenn es eine Chance gebe, die Abholzung und den immensen Pestizidgebrauch zu stoppen, dann indem aus Europa entsprechende Nachhaltigkeitsanforderungen an Importsoja gestellt werden. Sofern Europa und insbesondere Deutschland überhaupt weiter Importsoja beziehen will, müssen wir absichern, dass dies gentechnikfrei ist, aber auch, dass andere ökologische und soziale Mindestkriterien eingehalten werden. Dafür bedarf es einer klaren Nachfrage, Zeithorizonte und Abnahmesicherheiten. Die Brasilianer haben zugesichert, dass sie liefern können und auch gerne wollen.

*Annemarie Volling,
Gentechnik-Expertin der AbL*

Dank an alle, die diese Einblicke mit ermöglicht haben!



In Brasilien wird mehrmals im Jahr Soja geerntet

Foto: Volling

Fairer Weihnachtsbraten

Diskussionsveranstaltung über Handlungsbedarf in der Ernährungsbranche

Der Einstieg zum Papenburger Diskussionsabend, was es für einen fairen Weihnachtsbraten mit fairen Bedingungen für Mensch und Tier in der Land- und Ernährungswirtschaft braucht, hatte es in sich: eine Predigt vom katholischen Prälat Peter Kossen, der sich seit vielen Jahren mit den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen von WerksvertragsarbeiterInnen auf deutschen Schlachthöfen beschäftigt. Er spricht offen von „moderner Sklavenhaltung“ und einer „Geisterarmee“, die ohne Namen und Gesicht mittlerweile als gängiger Bestandteil unserer Marktordnung in verschiedensten Wirtschaftsbereichen zum Kostensparen ausgenutzt werde. Gegen die Ungerechtigkeiten setzt sich Kossen durch offene Kritik für Veränderungen ein: verpflichtende Einstellung von Stammelegenschaft im Kerngeschäft von Unternehmen sowie für Migrations- und Werkvertragsarbeiter gleicher Lohn, inklusive Sozialabgaben, für gleiche Arbeit.

Strukturelles Überangebot

Im Anschluss stieg Arnold Krämer, Amtsleiter der niedersächsischen Landwirtschaftskammer im Bezirk Emsland, ein mit einer Darstellung der Situation und Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und der intensiven Tierhaltung. Aus seiner persönlichen und stets ökonomisch geprägten Einschätzung heraus differenzierte er den Tierhaltungssektor stark und betonte: „In der Wertschöpfungskette wird in sehr unterschiedlichem Maße Geld ver-

dient.“ Seine knallharte Analyse insbesondere für den Bereich der Schweinefleischherzeugung: „Da haben wir ein massives strukturelles Überangebot. Treiber sind zynischerweise die Landwirte, die die Rohstoffe in dem Maße produzieren. Abgenommen wird alles, aber das drückt die Preise.“ Er fügte hinzu: „Die Ausbeutung findet im Schweinebereich auf verschiedensten Ebenen statt: auf den Schlachthöfen, in Form von Selbstausbeutung auf den Höfen und dann bei den Umweltkosten – das ist nicht sauber abgebildet, wenn Nährstoffe nicht immer sauber verbracht werden.“

Der Karren steckt im Dreck

Für Martin Ramschulte, Schweinehalter aus dem Kreis Borken im Münsterland, stellt die gewerbliche Tierhaltung, unabhängig von damit verbundener landwirtschaftlicher Nutzfläche, den Punkt dar, ab dem die Wachstumsausrichtung für die Landwirtschaft aus dem Ruder lief. „Die Politik und die Industrie vor allen Dingen, die wollten den Weg“, so Ramschulte. „Nun geht es so nicht mehr, der Karren steckt im Dreck – da kann es nicht sein, dass es jetzt die Bauern allein gewesen sind.“ Darin war er sich mit Krämer durchaus einig: Den Bäuerinnen und Bauern kommt eine eigene Verantwortung zu, aber die Steuerung liegt durch übergeordnete Rahmenbedingungen in politischer Verantwortung. Krämer sagte zustimmend: „Das Vieh-Flächen-Verhältnis passt nicht mehr. Das kann man nur über das Ordnungsrecht in Ord-



Faire Gespräche: v.l.: Ottmar Ilchmann, Arnold Krämer, Peter Kossen und Martin Ramschulte
Foto: Weißenberg

nung bringen. Aber das braucht Zeit, denn so wie die Situation heute ist, ist sie in 20 bis 30 Jahren entstanden.“ Auch aus dem Publikum mit rund 40 Menschen, die der Einladung des Arbeitskreises „Global denken, lokal handeln“ gefolgt waren, kam durchweg Fürsprache für die Bäuerinnen und Bauern – unter anderem auch ganz praktische Aufforderungen: „Die Bauern müssen besser darstellen können, was sie wie tun. Erkennbare Differenzierung ist nötig. Im Moment werden alle Erzeugnisse in einen Topf getan, gründlich umgerührt und was rauskommt, ist Hackfleisch.“ In eine ähnliche Richtung deutete Krämer: „Die Lösung für die Bauern und auch für die Arbeitskräfte liegt meiner Meinung nach in einem gespaltenen Markt: Die Bauern bekämen einen vollkostende-

ckenden Preis für eine bestimmte, absetzbare Menge. Alles darüber hinaus wird zu Weltmarktbedingungen abgesetzt und bezahlt. Dabei würde auch die Menge zurückgehen.“ Für den anstehenden Prozess, sich gemeinsam über nötige Veränderungen und Beschränkungen abzustimmen, regte Prälat Kossen an: „Der Mensch ist nur bereit auf etwas zu verzichten, wenn er dabei etwas gewinnt, was einen höheren Wert hat oder so empfunden wird. Wir müssen unsere Werte miteinander diskutieren. Beispielsweise nicht nur auf Masse zu setzen, sondern auf Qualität und Soziokulturelles, wozu auch Arbeitsbedingungen gehören. Wir brauchen mehr Klärung, was ist uns das wert?“ *cw*

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein Abl Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
 Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Februar 2017 ist der 20.01.2017**
 Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Sonstiges

• **Bioland-Obstbäume und Beerenobst**, bewährte Sorten, beste Bioqualität
 Baumschule PFLANZLUST ☎ 05692 - 8635, www.biobaumversand.de
 • **Treckerreifen**. Fax: 04881 - 7452
 ☎ 04881 - 937567

Hof und Arbeit

• **Kleinbäuerlicher Öko-Betrieb**, Direktvermarkter sucht dringend alternative Hofstelle zur Existenzsicherung. Ein Einstieg in einen bestehenden Betrieb, einer Gemeinschaft oder eine Hofübernahme als Nachfolge ist erwünscht. Bevorzugt im Umkreis Märkischer Kreis, NRW. ebbegarten@gmail.com



BUND Landesverband
 Niedersachsen e.V.
 sucht zum 1. April 2017 oder früher

eine/-n angestellte/-n Betriebsleiter/-in für seinen Landschaftspflegehof BIO Hof Wendbüdel

Aussagekräftige und vollständige Bewerbungsunterlagen
 senden Sie bitte an den
 BUND Niedersachsen, Christiane Weber, Goebenstraße 3a,
 30161 Hannover oder christiane.weber@nds.bund.net

HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

EFN
 Eiweißfutter aus Niedersachsen

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

FUNDAMENTE STATT SÄULEN:
Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik

Einladung zur Studienvorstellung und Debatte mit Martin Häusling (MdEP).

12.01.2017,
 10:30 bis 14:00 Uhr,
 Europäisches Haus,
 Unter den Linden 78, Berlin

Nähere Infos:
www.martin-haeusling.eu

Die Grünen | EFA
 im Europäischen Parlament

Veranstaltungen

Vortragsreihe: Hunger trotz Überproduktion

Die europäische Exportstrategie und der Hunger in den Ländern des Südens. Angela Müller (MissionEineWelt) berichtet von ihrer jüngsten Reise nach Brasilien und stellt Perspektiven vor, wie wir zu einer demokratisch gestalteten Ernährungssouveränität gelangen können.

12.01.2017, Gasthof Strasser, Schlossstr. 2, 86441 Zusmarshausen
 13.01.2017, EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, 80336 München
 20.02.2017 Hillenbrand's Lindhof, Ulsenheim 44, 91478 Markt Nordheim
 Beginn jeweils 19.30 Uhr
 Veranstalter: Abl Bayern, ISW, KEV, Rosa Luxemburg Stiftung



Jahresmitgliederversammlung Landesverband Bayern

29.01.2017 10.00 - 16.00 Uhr

Bäuerliche Landwirtschaft zwischen Weltmarkt und Regionalvermarktung

Programm:

- Vortrag von Ministerialdirigent Hubert Bittlmayer (BaySTMELF)
- Grußwort Bundesgeschäftsführer Georg Janßen, Abl e.V.
- Bericht und Ausblick zur Landesverbandsarbeit u.a. Milchkrise, Agrarsozialwahl, Artgerechte Tierhaltung
- Bericht der Regionalgruppen
- Diskussion und Aussprache

Ort: Gasthof Kastenwirt, Marktplatz 21, 85567 Grafing



Neue Wege gehen

10.-12.02.2017

Frühjahrstreffen des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft

Mit Solawi entwickeln wir ganz konkret eine Alternative zum derzeitigen global- industriellen Lebensmittelsystem. Das „Neue“ dabei kann Motivation und Herausforderung zu gleich sein.

Ort: Lebensgarten Steyerberg (Region Hannover)
 Anmeldung: www.solidarische-landwirtschaft.org/de/mitmachen

Der neue Katalog ist da!

Versandantiquariat Trüffelschwein - Land- und Forstwirtschaft

Bernd Keller, Tel.: 05504/7178, Fax: 05504 93 79 64
 email: trueeffelschwein@t-online.de
www.antiquariat.net/Trueeffelschwein



DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

MÄCHTIG GUT?

Essen braucht Vielfalt statt Konzernmacht

Konferenz am 21. Januar 2017, 15-18 Uhr
 im Deutschen Bundestag

Info & Anmeldung:
 » gruene-bundestag.de/agrarkonfr17

UNS GEHT'S UMS GANZE



www.gruene-bundestag.de

Abl Oberland

10.01.2017, Oberhausen
 Vortrag: Was bedeutet Marktwirtschaft für die Landwirtschaft - hier und global gesehen?
 Referent Heiner Flassbeck.
 Gasthaus Stroblwirt in Oberhausen

Globalisierung

12.-13.01.2017, Güstrow
 Globalisierung als das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft?
 Agrarpolitische Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung.
 Infos und Anmeldung: www.fes-mv.de

WIR HABEN ES SATT!

21.01.2017, Berlin
 Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen!

Demonstration: 12 Uhr,
 Potsdamer Platz (Berlin)

Wer die Saat hat - Saatgut

24.01.2017, Würzburg, 18.30 Uhr
 Vortrag von Saatgutaktivistin und Autorin Anja Banzhaf zu ihrem Buch „Wer die Saat hat, hat das Sagen“. Sie gibt einen Überblick über die Entwicklung bei Saatgut in den letzten 100 Jahren und diskutiert, wie wir das Sagen über unser Saatgut zurückgewinnen können.

Kellerperle, Am Studentenhaus 1,
 97072 Würzburg

Aufbauende Landwirtschaft

27.-29.01.2017, Krefeld
 Symposium zum Thema: Boden wieder gut machen. Wege zu einer regenerativen Agrarkultur.

Ort: Gemeinschaft Schloss Tempelhof, Tempelhof 3, 74594 Krefeld (bei Crailsheim), Anmeldung: www.schloss-tempelhof.de/veranstaltung/symposium-aufbauende-landwirtschaft/

Klimawandel und Saatgut

28.01.2017, 9.30 Uhr, Kassel
 Öko-Pflanzenzüchtung in Zeiten des Klimawandels – Welche Strategien tun Not? Saatguttagung der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

Anmeldung unter: landwirtschaft@glstreuhand.de, Tel.: 0234 5797 5172
 Ort: Anthrop. Zentrum, 34131 Kassel

Hofübergabeseminar

28.-29.01.2017, Hohebuch
 Jährlich stattfindendes Hofübergabeseminar für Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe. Die Tagung richtet sich an Hofübergeber, Hofübernehmer und weichende Erben, Männer und Frauen.

Information und Anmeldung: Veronika Grossenbacher, Evang. Bauernwerk, 74638 Waldenburg, Tel: 07942 / 107-12, Fax: -77, www.hohebuch.de, V.Grossenbacher@hohebuch.de.

Abl Franken

05.02.2017, Bindlach
 Jahresmitgliederversammlung der Regionalgruppe Franken.

Ort: Hof Tembo , Dörfles 2, 95463 Bindlach

2. Kontaktforum Hofübergabe

10.-12.02.2017, Fulda
 LandwirtInnen und Betriebsleiter, die einen Hof abgeben möchten, sowie alle die konkret einen Hof suchen sind herzlich eingeladen.

Anmeldung: www.oeko-junglandwirte-tagung.de/

Weitere Termine, Treffen und Stammtische unter:
www.abl-ev.de/termine
 und auf den Homepages der Landesverbände!

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!



21. JAN. '17
 POTSDAMER
 PLATZ
 12 UHR
BERLIN
DEMO

Unterstützen Sie durch eine **Diesel-Spende** die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihrem Trecker auf die Demo fahren. Gerne nehmen wir Sie als Gegenleistung in unsere Liste der Treckerpaten auf unserer Homepage auf! Eine Mail an braendle@wir-haben-es-satt.de genügt.

Spendenkonto
 Empfänger: DNR Umwelt und Entwicklung
 Konto-Nr. : 260 051 81, BLZ: 370 501 98
 IBAN: DE95 3705 0198 0026 0051 81
 Sparkasse Köln-Bonn, Verwendungszweck: WHES
 Demo 2017 Treckerpatenschaft

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/TRECKER

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
 Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 105,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 140,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 50,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 75,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Vorname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
 Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
 Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
 Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
 Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
 Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
 Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
 Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
 Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
 Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
 Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
 Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
 Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
 Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
 Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
 Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de
 Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
 Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllalgau@gmx.de
 Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127
 Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
 Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
 Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de
 Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,
 Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
 Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
 Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;
 Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;
 Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: _____ Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Heimat – Berlin – Heimat

Es war ein wunderschöner Morgen. Das bemerkte ich jetzt, als ich auf dem Berg stand. Eigentlich war ich gerade dabei, die Kühe zum Melken heimzuholen. Aber nun hielt ich inne und musste erst mal gucken. Das fiel mir nicht leicht; denn ich kriegte die Augen nicht so richtig auf.

Es war der 2. August 2016. Der Morgen unserer Silberhochzeit. Die Liebste und ich, wir waren tatsächlich schon 25 Jahre lang verheiratet. Am Abend zuvor waren einige Freunde vorbeigekommen, um vor unserer Haustür eine Girlande aufzuhängen. Wir hatten noch etwas zusammen getrunken. Es war spät geworden, spät und glücklich, als Birte und ich ins Bett hüpfen. Jetzt war die kurze Nacht vorbei; eigentlich hätte ich schon längst im Melkstand stehen wollen. Aber ich stand auf dem Berg und guckte. Zuerst mit äußerst kleinen Augen, aber nun wurden sie größer und größer. Ich konnte mich gar nicht satt sehen.

Vor mir lag meine Heimat, ausgebreitet in all ihrer verschwenderischen Pracht, prall, grün, in voller Blüte. Auf der Weide mit der großen Hainbuche lagen meine Kühe träge in der Morgensonne. Wie zufällig dahingepurzelt hatten sie sich im Gras verteilt. Mit schwarzglänzenden Blicken, die ich als „Uns geht alles am Arsch vorbei“ deutete, schauten sie sich ihr eigenes Idyll an und kauten wieder, als gäbe es nichts Wichtigeres auf dieser Welt. Über dem Moor tief unter uns hing eine dünne Schicht Nebel, die langsam sich auflösend höher stieg. Schon konnte ich schemenhaft einige Umrisse meiner dort grasenden Jungtiere erkennen. Ich wusste, es ging ihnen gut. Für Jungrinder gibt es nichts Besseres als den Sommer. Gras und Gras und Gras und kei-

nen, der was von einem will. In mir stieg ein seltenes Glücksgefühl hoch, und ich spürte, dass dies hier mein Platz war, mein Platz auf dieser Welt. Hier und nirgends anders gehörte ich hin. Hier wollte ich meine Arbeit tun; hier wollte ich ein guter Mensch sein. Wie „Gutmensch“ zu einem Schimpfwort hatte werden können, habe ich nie verstanden. Gibt es denn Leute, die schlechte Menschen sein wollen? Die es gut finden, schlecht zu sein?

Ich riss mich aus diesen Gedanken. Ein letztes Mal guckte ich, nahm dieses Bild des Glücks in mich auf, dann schritt ich zwischen meine Kühe und trieb sie hoch. Schließlich waren wir nicht zum Spaß hier. Jedenfalls nicht nur. Leise seufzend standen die Kühe auf, um – als Zeichen leisen Protests oder einfach nur so – erst mal zu scheißen. Sie und ich, wir mussten Milch liefern. Ich hoffe und glaube, dass sie das gerne tun. Ich weiß, dass ich es gerne tu.

Was hat das nun alles mit der Demo in Berlin zu tun? Warum da hinfahren und für bäuerliche Landwirtschaft demonstrieren? Reicht es nicht aus, da zu sein, wo man hingehört und das zu tun, was man für gut und richtig hält? Was für ein Stress, die Arbeit auf dem Hof zu organisieren, den Trecker sauber zu machen – manche sagen, das kann man sich auch sparen – Sprit zu verfahren, nach zwölf Stunden auf dem Fahrersitz einen steifen Nacken zu kriegen ... wofür das Ganze? Jedes Mal, wenn ich zurück bin, fragt Mudder mich: Und wat hett di dat nu bröcht?

Mudder, sage ich dann, es hat etwas gebracht. Es ist wichtig, dort zu sein und zu zeigen, dass vor allem auch wir Bauern eine andere Landwirtschaft wollen. Unsere Kühe können nicht



Damit Weidehaltung nicht auch auf dem Land zum Kunstobjekt wird, wie hier bei "Rückkehr der Kühe" in Berlin von Sergej Dott
Foto: Linda/eyeonberlin.com

selbst nach Berlin fahren und sagen, dass sie auch in Zukunft im Licht des frühen Morgens auf der Weide liegen und wiederkäuen wollen, bis der Bauer kommt. Und sie können nicht sagen, dass sie Weidegang haben wollen statt ganzjähriger Stallhaltung mit Essen auf Rädern, jeden Tag den gleichen Scheiß, vom Futtermischwagen zum immer gleichen Eintopf gerührt. Was die Kühe wollen, das zeigen sie mir, dem Bauern, wenn sie im Frühjahr ausflippen vor Freude, wenn sie endlich wieder raus können nach einem langen Winter. Und meine Aufgabe ist es, dass sie kriegen, was sie wollen. Weil es auch das ist, was ich will: Kühe auf der Weide, im Sommer, auf unserem Berg, unter der Hainbuche.

Nebenbei gesagt: Es macht sogar Spaß, nach Berlin zu fahren. Allein schon die Ankunft in Blankenfelde, jedes Mal wieder ein Erlebnis. All diese Bauern dort mit ihren Treckern, den leuchtenden Augen in den glücklichen Gesichtern. Vor Ort, im Dorf, weiß ich

ja manchmal gar nicht, ob ich nicht vielleicht doch ganz allein bin mit meiner Meinung. Und dann komme ich in diesen Raum voller Bäuerinnen und Bauern, die auf ihren Höfen, in ihren Dörfern genau das tun, was ich auch mache auf meinem Hof, in meinem Dorf. Wir sind gar nicht so wenige, wie es manchmal den Anschein hat. Es gibt uns überall. Noch. Und wenn wir dann mit den Treckern durch das Spalier der jubelnden Demoleute fahren, gibt das Kraft für ein ganzes neues Jahr. Auf dass wir auch im Jahr darauf wieder dabei sein können, in Blankenfelde und in Berlin.

Und, ach ja: Es ist wundervoll, nach einem Wochenende auf Achse wieder nach Hause zu kommen. Allein der Geruch auf dem Hof! Ehrlich mal: Wie geil ist das denn?

*Matthias Stührwoldt,
schreibender Milchbauer*

unabhängige **BAUERNSTIMME: mit Stallgeruch**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

01/2017

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221